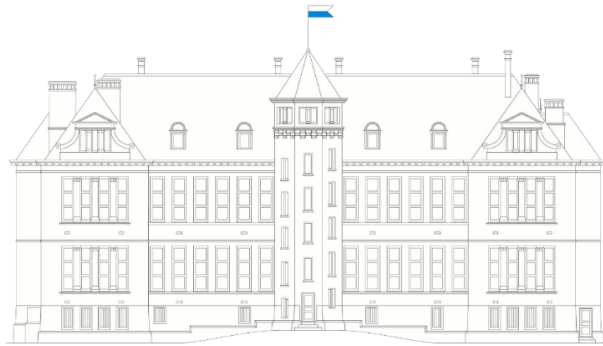


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

im Maipodium des Europäischen Parlaments (EP) war Bundeskanzler *Olaf Scholz* (SPD) zu Gast in Straßburg und hielt vor den Abgeordneten eine europapolitische Grundsatzrede. Viele hofften auf eine Vision zur Zukunft Europas, eine klare Analyse des aktuellen Zustands der EU und vor allem auf Ideen für ein besseres Miteinander der Europäer in Zeiten von Krieg, Inflation und Energiekrise. Geblieben sind angesichts einer größtenteils ambitionslosen Rede jedoch viele ratlose Gesichter. Daher wundert es mich nicht, dass er wenig Applaus und dafür umso mehr Kritik einstecken musste. Die anschließende Debatte hob zudem den internen Streit der Berliner Ampelkoalition auf die europäische Bühne, was einem peinlichen Possenspiel gleich kam.

Im Rahmen einer Generaldebatte stand zudem die „Rolle der Landwirte als Wegbereiter für den sogenannten „grünen Wandel“ und der Widerstandsfähigkeit des Agrarsektors“ im Mittelpunkt. Zentrale Diskussionspunkte waren neben dem „Green Deal“ die Verordnungsvorschläge der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln wie auch das Naturwiederherstellungsgesetz. Lassen Sie mich dazu folgendes anmerken: Den Landwirten und Menschen im ländlichen Raum sollte mehr Respekt und Wertschätzung entgegengebracht werden. Landwirte dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Wir brauchen mehr Pragmatismus anstatt Bevormundung und Verbotspolitik – nicht nur in Land- und Forstwirtschaft!

Daneben haben die federführenden Ausschüsse auch ihre Haltung zur zukunftsweisenden Verordnung für harmonisierte Vorschriften für Künstliche Intelligenz (KI) festgelegt. Der von der EU-Kommission vorgelegte Verordnungsentwurf soll zur Förderung der Entwicklung und Verbreitung sicherer sowie ethischer KI beitragen. Zum Beispiel wird darin „Social Scoring“ verboten, also das Auswerten von größeren Datenmengen mit Hilfe von Algorithmen, um über das Verhalten von Personen Auskunft zu geben und sie insbesondere auch zu klassifizieren. Die strenge Haltung hinsichtlich „Social Scoring“ begrüße ich sehr, denn in einem Staat mit einem Punktesystem für alle Bürgerinnen und Bürger möchte niemand leben. Intensiv wurde auch über die Ausgestaltung des Verbots von biometrischer Fernerkennung diskutiert. Dieses wird in der Position des Europäischen Parlaments nun erweitert: der Kommissionsvorschlag sieht ein Verbot nur für Echtzeit-Fernerkennung vor, die im öffentlichen Raum zur Strafverfolgung eingesetzt wird. Die Position des EP enthält nun ein Verbot von Echtzeit-Fernerkennung im öffentlichen Raum für „jedermann“. Zu erwarten ist, dass im Bereich der erweiterten Verbote und Hochrisiko-Bereiche einer der größten Streitpunkte mit den Mitgliedstaaten liegen wird.

Nun zurück nach Bayern: Am 9. Mai war ein historischer Tag in der Freundschaft zwischen Bayern und Tschechien. Mit Prof. *Petr Fiala* war zum ersten Mal ein tschechischer Ministerpräsident zu Gast im Bayerischen Ministerrat. Er wurde von Ministerpräsident *Dr. Markus Söder* im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg empfangen. Künftig wird die Staatsregierung einen noch breiteren Schulterschluss mit Tschechien als starkem Partner in der Mitte Europas suchen.



So werden wir die Zusammenarbeit im Luft- und Raumfahrtbereich weiter intensivieren und gemeinsame wissenschaftliche Projekte aus den Fachbereichen Energieeffizienz, Materialwissenschaften, Nanotechnologien sowie Medizin und Gesundheitswissenschaften fördern.



Gruppenbild des Präsidenten der Tschechischen Republik, Petr Pavel, (3. von links) mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und Europaministerin Melanie Huml (rechts daneben).

Machen Sie sich ein eigenes Bild von der gelebten engen Freundschaft zwischen dem Freistaat Bayern und der Tschechischen Republik – sei es bei der Landesausstellung „Barock! Bayern und Böhmen“ in Regensburg (10.05. - 03.10.2023) oder auch bei den Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen in Selb (19.05. - 06.08.2023), zu deren Eröffnung mit Petr Pavel seit über 20 Jahren wieder ein tschechischer Staatspräsident zu einem offiziellen Besuch nach Bayern reiste. Beide Reiseziele lohnen sich in jedem Fall genauso wie die Lektüre des aktuellen Europaberichts.

In diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen der Beiträge aus allen Politikbereichen.

Ihre

Melanie Huml, MdL
Europaministerin



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	10
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	10
Ministerrat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung): Globale Folgen des Krieges in der Ukraine, aktuelle Lage in Afghanistan und im Sudan, Global Gateway-Initiative	10
EUROPÄISCHES PARLAMENT	10
Plenarwoche vom 08.05. – 11.05.2023: Grundsatzrede von Bundeskanzler <i>Scholz</i> , Handelsmaßnahmen für die Ukraine, Methanemissionen, EU-Haushalt 2024, Istanbul-Konvention, Greenwashing von Produkten, Fahrplan für ein soziales Europa, Generaldebatte zur Rolle der Landwirte, KI-Verordnung.....	10
INSTITUTIONELLES.....	14
EU-Kommissarin tritt zurück: <i>Mariya Gabriel</i> (EVP/GERB) soll bulgarische Ministerpräsidentin werden	14
MEDIEN	14
Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (BJKS-Rat): Fortschrittsbericht und Orientierungsaussprache zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA) zeigen Notwendigkeit weiterer Textarbeit auf	14
Europäisches Parlament spricht sich für vollständige Umsetzung der AVMD-Richtlinie aus	15
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	16
SICHERHEIT	16
Rat wird Abkommen mit Montenegro über die Zusammenarbeit mit Frontex unterzeichnen	16
Kommission legt zweiten Schengen-Status Bericht vor	16
GELDWÄSCHE	17
Rat erlässt Vorschriften zur Rückverfolgbarkeit von Kryptowertetransfers	17
Kommission aktualisiert Liste der Drittländer mit hohem Risiko bei Geldwäschebekämpfung.....	17
SPORT	18
Wahrung der Menschenrechte bei internationalen Sportveranstaltungen	18
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	19
MILITÄRISCHE MOBILITÄT	19
Kommission veröffentlicht Projektauftrag i.H.v. 790 Mio. € zur Förderung militärischer Mobilität	19
VERKEHRSINFRASTRUKTUR	19
Kommission schließt Abkommen zur verkehrlichen Anbindung der westlichen Balkanstaaten ab	19
Kommission nimmt die Republik Moldau in die Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) auf.....	19
Europäisches Parlament fasst Entschließung zur urbanen Mobilität	20
STRAßENVERKEHR.....	20
Kommission schlägt Richtlinie zur CO ₂ -Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern vor	20



LUFTVERKEHR	21
Kommission führt Konsultation zur Verlängerung der Beihilfavorschriften für Regionalflughäfen durch ..	21
BAUEN UND WOHNEN.....	21
Europäisches Parlament fasst Entschließung zur Normungsstrategie für den Binnenmarkt.....	21
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	22
Kommission: Vorstellung eines Patentpakets	22
Kommission: Vorstellung eines Korruptionsbekämpfungspakets	22
EuGH: Urteil zur Bekämpfung von Korruption.....	23
PEGA: Abstimmung über Abschlussbericht und Empfehlung des Europäischen Parlaments	24
Europäisches Parlament unterstützt Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention	24
EuGH: Fluggastrechte bei Flugannullierung.....	25
EuGH: Unabhängigkeit und Unparteilichkeit von Organen in Disziplinarverfahren gegen Richter.....	25
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	27
Bildungsministerrat der EU: Austausch zur Förderung der Lesekompetenzen – Verabschiedung von Texten zur automatischen Anerkennung von Bildungsabschlüssen und zur Zukunft des Europäischen Bildungsraumes	27
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	28
Tagung des EU-Kulturministerrats	28
Drei Projekte zur Unterstützung der ukrainischen Kultur und des Kulturerbes ausgewählt.....	28
<i>Mariya Gabriel</i> als Kommissarin zurückgetreten	28
Ausschreibung zur Besetzung hochrangiger Expertengruppe zur Zwischenevaluierung von Horizont Europa.....	29
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	30
Euro-Gruppe am 28.04.2023: u. a. Bankenunion und Entwicklungen im Bankensektor	30
Informelle ECOFIN-Sitzung am 28.-29.04.2023: u. a. langfristige Perspektive für Stabilisierungsmaßnahmen und nachhaltige öffentliche Finanzen	30
Euro-Gruppe am 15.05.2023: u. a. Bankenunion und digitale Zentralbankwährungen	31
ECOFIN-Sitzung am 16.05.2023: Besteuerung sowie Rahmen für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung	32
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	32
Öffentliche Konsultationen zur Reform des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens	32
Europäische Zentralbank hebt Zinssätze erneut an.....	32
Frühjahrsprognose 2023: verbesserte Aussichten vor dem Hintergrund anhaltender Herausforderungen.....	33
EU-HAUSHALT.....	33
Europäisches Parlament spricht sich für mehrere neue Eigenmittel aus	33



STEUERN.....	34
EU-Zollreform: Eine datengesteuerte Vision für eine einfachere, intelligenterere und sicherere Zollunion. .	34
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	35
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	35
Kommission schlägt Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsindustrie vor	35
Kommission schlägt Richtlinie zur CO ₂ -Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern vor	35
Republik Moldau: Kommission schlägt Verlängerung und Ausweitung der autonomen Handelsmaßnahmen vor	36
Politische Einigung zur Verordnung über den Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse.....	36
Kommission legt Entwurf für Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen mit dem Vereinigten Königreich vor.....	36
Kommission führt Warnsystem zur Überwachung der Halbleiter-Lieferketten ein	37
Kommission veröffentlicht Ausschreibungen zum Programm „Digitales Europa“	37
Kommission veröffentlicht Bericht über die Ergebnisse der kohäsionspolitischen Programmplanung 2021-2027	38
Konsultation zur Beschleunigung der Einführung von Wärmepumpen	38
Europäisches Parlament spricht Empfehlungen aus, um Normungsprozesse effektiver zu gestalten	38
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	39
EISMEA veröffentlicht Ausschreibung zur Unterstützung der EIC-Gemeinschaftsplattform	39
Kommission veröffentlicht Ausschreibung zur Stärkung von Innovationsökosystemen	39
Kommission eröffnet Wettbewerb für Industrie 5.0 Award	39
AUßENWIRTSCHAFT.....	40
Europäisches Parlament stimmt Verlängerung der Handelsvorteile für die Ukraine zu	40
EU-Indien: Erste Tagung des Handels- und Technologierates	40
ENERGIE	41
Green Deal: Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Methan-Verordnung fest.....	41
EU-Energieplattform: EU hat in erster gemeinsamer Ausschreibung über 13,4 Mrd. m ³ Gas eingekauft	41
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	42
UMWELT.....	42
Europäische Umweltagentur fordert mehr Ehrgeiz bei der Kreislaufwirtschaft	42
Kommission legt überarbeiteten Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft vor	42
Konsultation zur Anwendung des Verursacherprinzips veröffentlicht	43
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht überarbeitete Leitlinien zur Bewertung der Bienengefährlichkeit von Pflanzenschutzmitteln	43
Europäische Umweltagentur fordert die Wiederherstellung beschädigter Ökosysteme in Europa.....	44



Copernicus berichtet über wärmsten April im Südwesten Europas seit Beginn der Aufzeichnung	44
Konsultation zur Geräuschemissionsmessung bei Geräten und Maschinen veröffentlicht	45
Kommission schlägt Richtlinie zur CO ₂ -Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern vor	45
Europäischer Umwelt- und Gesundheitsatlas veröffentlicht	45
Konsultation zur Überprüfung des Recyclinganteils in Kunststoffgetränkeflaschen veröffentlicht	46
VERBRAUCHERSCHUTZ	46
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Empfehlungen zur Haltung von Milchkühen, Enten, Gänsen und Wachteln	46
Europäischer Rechnungshof veröffentlicht interaktives Online-Dashboard zur Vergleichbarkeit von Tiertransporten	47
Konsultation zu einer Aktualisierung der Lebensmittelhygienevorschriften für Erzeugnisse tierischen Ursprungs veröffentlicht.....	47
EuGH urteilt zu den Folgen des Widerrufs eines bereits erfüllten Vertrags	48
Europäisches Parlament legt seine Position zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel fest.....	48
EuGH: Fluggastrechte bei Flugannullierung.....	49
Konsultation über ein Verbot der Herstellung und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien	49
Konsultation zu Vorschriften für die Rückverfolgbarkeit von Explosivstoffen für zivile Zwecke veröffentlicht	50
Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften für pyrotechnische Gegenstände veröffentlicht	50
Rat legt seinen Standpunkt zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel fest	51
Kommission beschließt Verbot von Blei in PVC-Produkten	52
Konsultationen zu Anforderungen an Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung bei Kochgeräten veröffentlicht	52
Kommission schlägt Überarbeitung der Detergenzienverordnung vor.....	53
Neue Leitlinien für den sicheren Umgang mit gefährlichen Arzneimitteln am Arbeitsplatz veröffentlicht .	54
Konsultation für eine Erweiterung des Verbots von mit Quecksilber versetzten Produkten eröffnet	54
REACH-Ausschuss stimmt für Beschränkung von absichtlich zugesetztem Mikroplastik in Produkten...	54
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	56
Generaldebatte zur Landwirtschaft im Europäischen Parlament	56
Rat bestätigt politische Einigung zu entwaldungsfreien Lieferketten	56
Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels, 01/2023 ...	57
Kommission legt Vorschlag für Unterstützungsmaßnahmen für EU-Anrainerstaaten zur Ukraine vor.....	57
Europäisches Parlament stimmt für Verlängerung der Aussetzung diverser Exportzölle auf ukrainische Agrargüter.....	58
Rat einigt sich auf Verhandlungsmandat zum Verordnungsvorschlag über geografische Herkunftsangaben	59



Agrarausschuss nimmt Stellungnahme zur Änderung der IED an	59
Europäisches Parlament fordert weitere Finanzmittel für EU-Schulprogramm	60
Kommission veröffentlicht Konsultation zu Meldungen von Unregelmäßigkeiten im Rahmen der GAP ..	61
EFSA veröffentlicht überarbeitete Leitlinien zur Bewertung der Bienengefährlichkeit von Pflanzenschutzmitteln	61
EUROSTAT veröffentlicht Bericht über Pflanzenschutzmittelabsatz in der EU	61
Organisationen der agrarischen Wertschöpfungskette fordern mehr Beteiligung bei Ausgestaltung des Rahmens für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem	62
Organisationen senden offenen Brief an die Kommission zu neuen NGTs	63
EFSA veröffentlicht Gutachten zur Haltung von Milchkühen, Enten, Gänsen und Wachteln	64
Europäischer Rechnungshof veröffentlicht interaktives Online-Dashboard zur Vergleichbarkeit von Tiertransporten	64
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	65
Europäisches Parlament unterstützt Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention	65
Europäisches Parlament fordert eine Richtlinie gegen unbezahlte Praktika	65
Europäisches Parlament bekräftigt die Relevanz der sozialen Ziele von Porto	66
Ministerinnen und Minister tauschen sich zu nachhaltigen Systemen der sozialen Sicherheit aus	66
Ministerinnen und Minister diskutieren die Rolle der Jugend für eine nachhaltige Entwicklung	67
Am Europatag startet das Europäische Jahr der Kompetenzen	67
Gewerkschaftsinstitut kritisiert Debatte um Fachkräftemangel	68
Ehemalige Beschäftigte eines Aluminiumherstellers erhalten Unterstützung aus dem EGF	68
Partner starten groß angelegte Qualifikationspartnerschaft für energieintensive Industrien	68
DiscoverEU: Über 6000 18-Jährige aus Deutschland können ab Juni Europa mit dem Zug entdecken ..	68
Digitale Technologien und Kompetenzen: Fördermittel in Höhe von 122 Mio. €	69
Europäischer Karlspreis der Jugend geht 2023 nach Belgien	69
Netzwerk gibt Empfehlungen für mehr Unabhängigkeit von Menschen mit Behinderungen	69
Experten diskutieren über die geistige Gesundheit am Arbeitsplatz	70
Bericht beklagt den Ausschluss von Menschen mit Behinderungen von hochwertiger Beschäftigung	70
Studie untersucht Wirksamkeit des ESF während der Covid-19-Krise	70
Europäischer Monat der Vielfalt startet mit Preisverleihung	71
Bürgerforum gibt 21 Empfehlungen für mobiles Lernen im Ausland	71
Unterstützung von Menschen mit Behinderung im Unternehmertum	71
Generalanwalt legt Schlussanträge zur Quarantänepflicht während des Urlaubs vor	72
S&D-Fraktion drängt auf EU-Charta der Frauenrechte	72
Sozialpartner wollen Qualifizierungsmaßnahmen für die Gaswirtschaft verhandeln	72



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	74
EU-US-Gesundheits-Taskforce	74
COVID-19: Annahme der endgültigen Liste von 300 hochwertigen Antigentests in der EU	74
Informelles Treffen der EU-Gesundheitsminister	75
Deaktivierung von IPCR für COVID-19 und Erdbeben in Türkei und Syrien	75
ECDC stellt Erfahrungsbericht zur COVID-19-Pandemie vor	75
WHO: Jedes dritte Grundschulkind in Europa ist übergewichtig	76
Änderung von Fristen für Produkte ohne medizinischen Zweck	76
WHO beendet internationalen Gesundheitsnotstand	77
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	78
Verordnung für harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz: Ausschussposition festgelegt	78
Kommission konsultiert zu unabhängigen Prüfungen sehr großer Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen	78
Kommission konsultiert zu Logos für Datenaltruismus und Datenmittler	79



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Ministerrat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung): Globale Folgen des Krieges in der Ukraine, aktuelle Lage in Afghanistan und im Sudan, Global Gateway-Initiative

Am 04.05.2023 tagte der Ministerrat für Auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, *Josep Borrell*, in Brüssel. Für Deutschland nahm Botschafter *Thomas Ossowski* (Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee) teil.

Die Entwicklungsminister tauschten sich mit der Generalsekretärin der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), *Rebeca Grynspan Mayufis*, über die globalen Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine aus. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie die EU und die Vereinten Nationen Maßnahmen ergreifen können, um auf die miteinander verbundenen Nahrungsmittel-, Energie- und Finanzierungskrisen zu reagieren und der Agenda 2030 neuen Schwung zu verleihen.

Unter dem Aspekt "Aktuelle Angelegenheiten" verwies der Hohe Vertreter auf die Unterstützung der EU für die Ukraine mit Schwerpunkt auf dem Finanz- und Wiederaufbaubedarf, auch im Hinblick auf die Aufbaukonferenz für die Ukraine am 21./22.06.2023 in London. Der Hohe Vertreter sprach angesichts der jüngsten Entwicklungen auch über den Sudan und bekräftigte, dass die EU aufs Schärfste die anhaltenden Kämpfe zwischen den sudanesischen Streitkräften und den Soforteinsatzkräften verurteilt, die die Sicherheit der sudanesischen Bevölkerung sowie die Einheit und Stabilität des Landes bedrohen. Die Minister erörterten auch die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan, einschließlich des Verbots für afghanische Frauen, für UN-Organisationen zu arbeiten.

Zudem informierte Kommissarin *Urpilainen* (Internationale Partnerschaften) die Minister im Hinblick auf den EU-CELAC-Gipfel am 17./18.07.2023 über die Investitionen im Bereich Global Gateway.

[Tagungsseite des Rates für Auswärtige Angelegenheiten](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 08.05. – 11.05.2023: Grundsatzrede von Bundeskanzler *Scholz*, Handelsmaßnahmen für die Ukraine, Methanemissionen, EU-Haushalt 2024, Istanbul-Konvention, Greenwashing von Produkten, Fahrplan für ein soziales Europa, Generaldebatte zur Rolle der Landwirte, KI-Verordnung

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen folgende Themen im Zentrum (siehe auch Beiträge der Ressorts in diesem EB):



- **Grundsatzrede: Bundeskanzler Scholz fordert vor dem EP eine "reformierte EU"**

Am Dienstag (09.05.; zugleich Europatag) hat Bundeskanzler *Scholz* im Rahmen einer Reihe mit dem Titel „Das ist Europa“ eine europapolitische Grundsatzrede vor den Parlamentariern gehalten. *Scholz* forderte darin u. a. eine "reformierte EU". Dazu zählten auch eine noch viel engere Verzahnung der Verteidigungsanstrengungen und der Aufbau einer integrierten europäischen Verteidigungswirtschaft. Künftig sollten zudem mehr Ratsentscheidungen nicht einstimmig getroffen werden müssen, sondern mit qualifizierter Mehrheit. Er nannte namentlich die Bereiche Außenpolitik und Steuern. Der deutsche Bundeskanzler stellte zudem klar: "Die Vereinigten Staaten bleiben Europas wichtigster Verbündeter."

- **Ukraine: Abgeordnete erneuern Handelsmaßnahmen für ein weiteres Jahr**

Das EP hat grünes Licht für die Aussetzung der EU-Einfuhrzölle auf ukrainische Agrarprodukte für ein weiteres Jahr gegeben, um die Wirtschaft des Landes zu unterstützen. Die Abgeordneten stimmten am Dienstag (09.05.) für einen Vorschlag, die Aussetzung der Einfuhrzölle, Antidumpingzölle und Schutzmaßnahmen für ukrainische Exporte in die EU um ein weiteres Jahr zu verlängern, und zwar vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges, der die Handelsmöglichkeiten der Ukraine mit dem Rest der Welt behindert.

- **Fit for 55: Abgeordnete fordern Senkung von Methanemissionen im Energiesektor**

Das EP hat am Dienstag (09.05.) seinen Standpunkt zur von der Kommission Ende 2021 vorgeschlagenen Verordnung über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor festgelegt. Der Standpunkt entspricht der Positionierung der Ausschüsse für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP vom 26.04.2023 und sieht dementsprechend v.a. stärkere Verpflichtungen zur Aufspürung und Reparatur von Methanlecks vor.

- **EU-Haushalt 2024: Rückzahlung des Konjunkturprogramms setzt Haushalt unter Druck / Forderung nach neuen EU-Eigenmitteln**

Die Abgeordneten zeigten sich in einer Entschließung vom Mittwoch (10.05.) "zutiefst besorgt darüber, dass die steigenden Kreditkosten für das Europäische Konjunkturinstrument (EURI) die Fähigkeit des EU-Haushalts, die Prioritäten und Politiken der Union zu finanzieren und auf neue Bedürfnisse zu reagieren, stark einschränken könnten, wenn nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden". So drohen Kürzungen bei Programmen wie Erasmus+, EU4Health, und Creative Europe. Sie fordern eine dringende Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) mit der notwendigen Architektur und Finanzierung, um die EURI-Rückzahlungskosten effektiv zu verwalten und das notwendige Finanzierungsniveau für Programme beizubehalten, um sicherzustellen, dass die EU auch zukünftige Bedürfnisse bewältigen und auf Krisen reagieren kann. Ein solcher überarbeiteter MFR müsse bis zum 01.01.2024 in Kraft sein.

In einer weiteren Entschließung vom Mittwoch (10.05.) geben die Abgeordneten eine Bewertung des bisherigen Reformprozesses im Rahmen des "Fahrplans für die Einführung neuer Eigenmittel" ab und erklären, dass "die EU-Finzen eine kritische Phase durchlaufen, in der ein Ausbleiben der Reform



äußerst schädliche Auswirkungen auf die Zukunft der EU, ihre Politik und das Vertrauen der Investoren in die Union haben würde". Da der EU-Haushalt die, im Rahmen des EU-Konjunkturprogramms aufgenommenen, Schulden zurückzahlen muss, ohne Investitionen und andere EU-Programme zu gefährden, schlagen die MdEPs eine Reihe neuer Einnahmequellen für den EU-Haushalt vor, darunter auf der Körperschaftssteuer basierende Eigenmittel, die Finanztransaktionssteuer, ein neuer Mechanismus für faire Grenzen, eine Steuer auf Krypto-Vermögenswerte, grüne Eigenmittel und auf Statistiken basierende nationale Beiträge.

- **Gewalt gegen Frauen bekämpfen: EP unterstützt Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention**

Sechs Jahre, nachdem die EU das Übereinkommen von Istanbul – das erste rechtsverbindliche internationale Instrument zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf internationaler Ebene – unterzeichnet hat, hat sie es immer noch nicht ratifiziert, weil sich sechs Mitgliedstaaten (Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei) weigern, trotz mehrfacher Aufforderung durch das EP. Der EuGH hat jedoch in seinem Gutachten (2021) bestätigt, dass die EU das Übereinkommen auch bei fehlender Einstimmigkeit ratifizieren kann. Er stellte fest, dass die geeignete Rechtsgrundlage in dieser Sache sich auf Asyl, Justizzusammenarbeit in Strafsachen und die Verpflichtungen der Organe der EU und der öffentlichen Verwaltung bezieht. Dementsprechend gaben die MdEPs am Mittwoch (10.05.) in zwei getrennten Abstimmungen grünes Licht für den Beitritt der EU.

- **Greenwashing von Produkten: Abgeordnete stimmen dem Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Produktkennzeichnung und -haltbarkeit sowie zur Unterbindung irreführender Angaben zu**

Am Donnerstag (11.05.) stimmte das EP für einen Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Produktkennzeichnung und -haltbarkeit und zur Unterbindung irreführender Angaben und nahm den Vorschlag für eine neue Richtlinie an, die die Verbraucher im Hinblick auf den ökologischen Wandel stärken soll. Das vom Parlament gebilligte Verhandlungsmandat sieht vor, dass allgemeine umweltbezogene Angaben wie „umweltfreundlich“, „natürlich“, „biologisch abbaubar“, „klimaneutral“ nur noch verwendet werden dürfen, wenn die jeweilige Umweltleistung des Produkts detailliert nachgewiesen wird. Außerdem sollen Umweltaussagen verboten werden, die ausschließlich auf der Grundlage von Emissionsausgleichssystemen getroffen werden. Das Gleiche gilt für andere irreführende Praktiken, z. B. Behauptungen über das gesamte Produkt, die nur auf einen Teil des Produkts zutreffen, oder Behauptungen, dass Produkte eine bestimmte Zeit lang halten oder mit einer bestimmten Intensität verwendet werden können, obwohl dies nicht der Fall ist. Damit Produkte länger halten, will das EP zudem Konstruktionsmerkmale verbieten, die die Lebensdauer eines Produkts einschränken oder bewirken, dass es schon nach kurzer Zeit nicht mehr funktioniert.



- **Sozialpolitik: Abgeordnete stimmen dem Fahrplan für ein soziales Europa zu und fordern EU-Rechtsinstrumente in diesem Bereich**

Die Abgeordneten haben am Donnerstag (11.05.) eine Entschließung angenommen, in welcher die Bedeutung der 2021 beim Sozialgipfel in Porto angenommenen Ziele betont wird. Zur Erinnerung: In Porto hatten die Staats- und Regierungschefs die von der Kommission in einem Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) aufgestellten Kernziele begrüßt (mindestens 78 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren soll beschäftigt sein; mindestens 60 % aller Erwachsenen sollen jedes Jahr an Fortbildungen teilnehmen; die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um mindestens 15 Mio. sinken).

In der angenommenen Entschließung mit dem Titel „Fahrplan für ein soziales Europa: zwei Jahre nach dem Gipfel von Porto“ wird nun gefordert, dass die sozialen Ziele auch mithilfe von EU-Rechtsinstrumenten verfolgt werden, zum Beispiel durch eine Umsetzung der Gesetzgebungsinitiative des Parlaments über hochwertige Praktika, durch einen Legislativvorschlag für einen Europäischen Sozialversicherungspass oder die Schaffung eines EU-Behindertenausweis. Die Abgeordneten betonen, dass soziale Aspekte mit der gleichen Dringlichkeit behandelt werden müssten wie die wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte.

- **Landwirtschaft: Generaldebatte zur Rolle der Landwirte als Wegbereiter für den grünen Wandel und der Widerstandsfähigkeit des Agrarsektors**

Das EP hat sich am Mittwoch (10.05.) im Rahmen einer Generaldebatte mit der „Rolle der Landwirte als Wegbereiter für den grünen Wandel und der Widerstandsfähigkeit des Agrarsektors“ auseinandergesetzt. Zentrale Diskussionspunkte waren neben dem Green Deal die Verordnungsvorschläge der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) wie auch das Naturwiederherstellungsgesetz (NRL). In Vertretung für den abwesenden Agrarkommissar *Wojciechowski* betonte Finanzkommissarin *McGuinness* die Bedeutung und Dringlichkeit der vorgeschlagenen Pakete, um die Lebensgrundlage der Landwirte und die Ernährungssicherheit zu erhalten.

- **Aus den Ausschüssen: Federführende Ausschüsse beschließen Haltung zur KI-Verordnung**

Am Donnerstag (11.05.) haben der Binnenmarktausschuss und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten den Entwurf eines Verhandlungsmandats für die ersten Regeln für Künstliche Intelligenz (KI) angenommen. Die Abgeordneten fordern darin u. a. ein Verbot von KI für biometrische Überwachung, Emotionserkennung und vorausschauende Polizeiarbeit, maßgeschneiderte Regelungen für KI für allgemeine Zwecke und sog. „Foundation-Modelle“ wie GPT und ein Recht auf Beschwerden über KI-Systeme. Bevor die Verhandlungen mit dem Rat (= Trilog) beginnen können, muss der Entwurf vom gesamten Parlament gebilligt werden.

Die nächste Plenartagung in Straßburg findet vom 12.06. - 15.06.2023 statt.

[Presseerklärungen des EP](#)



INSTITUTIONELLES

EU-Kommissarin tritt zurück: *Mariya Gabriel* (EVP/GERB) soll bulgarische Ministerpräsidentin werden

Die bulgarische EU-Kommissarin *Mariya Gabriel* – zuständig für Innovation, Forschung, Bildung, Kultur und Jugend – hat ihr Amt niedergelegt. Das teilte Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* am 15.05.2023 offiziell mit. *Gabriel* soll für das Amt der Ministerpräsidentin in Bulgarien vorgeschlagen und nach der jüngsten Parlamentswahl (02.04.2023) seitens der konservativen GERB-Partei (= Mitglied im EVP-Parteienverbund) mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt werden. Bis die Nachbesetzung geregelt ist sollen Exekutiv-Vizepräsidentin *Margrethe Vestager* (Innovation, Forschung) und Vizepräsident *Margaritis Schinas* (Bildung, Kultur und Jugend) das Ressort von *Mariya Gabriel* übernehmen.

Zum Hintergrund: Bulgarien befindet sich seit zwei Jahren in einer politischen Hängepartie. Alle Wahlen führten zu zersplitterten Parlamenten, in denen keine Partei in der Lage war, eine funktionierende Regierung zu bilden. Aus der fünften Parlamentswahl innerhalb von zwei Jahren gingen im vergangenen Monat die Konservativen als Sieger hervor. Bislang gelang es diesen allerdings nicht, mit der zweitgrößten Reformpartei PP von *Kiril Petkow* zu einer Einigung zu kommen. *Gabriel* gehörte der Kommission seit 2017 an, übernahm damals „das Digitalressort“ von *Günther Oettinger*, bevor sie am 01.12.2019 in der aktuellen Kommission ihre neue Position einnahm. In den Jahren 2009 – 2017 war sie Abgeordnete im Europäischen Parlament.

[Statement von Kommissionspräsidentin von der Leyen](#) (in englischer Sprache)

MEDIEN

Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (BJKS-Rat): Fortschrittsbericht und Orientierungsaussprache zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA) zeigen Notwendigkeit weiterer Textarbeit auf

Im Rahmen des BJKS-Rates trafen sich am Vormittag des 16.05.2023 die Medienminister der 27 EU-Mitgliedstaaten in Brüssel, um über den EMFA zu diskutieren. Unter dem Vorsitz der schwedischen Medienministerin, *Parisa Liljestrand*, wurde – wie bereits unter tschechischer Ratspräsidentschaft – zunächst ein Fortschrittsbericht über die Verhandlungsergebnisse in der Ratsarbeitsgruppe für Audiovisuelles und Medien vorgestellt. Ausweislich dieses Berichts sieht die Präsidentschaft weitgehend gute Verhandlungsergebnisse, sodass sie weiterhin eine Allgemeine Ausrichtung noch bis Ende Juni dieses Jahres anstrebt.

Dem folgte eine politische Debatte rund um die Fragen, welche Teile des Verordnungsvorschlags am wichtigsten sind, um den Mediensektor zu stärken, ob der Vorschlag zu einem besseren Gleichgewicht zwischen der Medienbranche und den Online-Diensten (vor allem sehr große Online-Plattformen) beitragen kann und in welchen Bereichen des Verordnungsvorschlags noch weitere Anpassungen erforderlich sind, um eine Gesamteinigung zu erzielen. In der Tischrunde bewerteten viele Mitgliedstaaten die Textvorschläge der schwedischen Präsidentschaft als Schritt in die richtige Richtung. Die Mehrzahl der Medienminister sprach sich



daher für eine baldige Allgemeine Ausrichtung aus. Gleichzeitig wurden aber noch mehrere Aspekte des Verordnungsvorschlags als klärungsbedürftig angesehen. Dies betrifft vor allem die Bereiche der nationalen Sicherheit und Verteidigung, die Unabhängigkeit des Europäischen Gremiums für Mediendienste sowie den Schutz von Medieninhalten auf Online-Plattformen. Einige Mitgliedstaaten haben außerdem auf die kulturell und historisch bedingte Diversität der nationalen Mediensysteme hingewiesen, die durch den EMFA nicht untergraben werden dürfe. Aufgrund dieses differenzierten Meinungsbildes sicherte die schwedische Ratspräsidentschaft weitere Anpassungen am Text in der Hoffnung zu, möglichst zeitnah eine Allgemeine Ausrichtung erzielen zu können.

[Tagungsseite des BJKS-Rates](#)

Europäisches Parlament spricht sich für vollständige Umsetzung der AVMD-Richtlinie aus

Am 09.05.2023 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) mit 543 Ja-, bei 40 Nein-Stimmen und weiteren 40 Enthaltungen den Bericht von *MdEP Petra Kammerevert (S&D/DEU)* über die Umsetzung der im Jahre 2018 überarbeiteten Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) klar angenommen. Dabei kritisierten die Berichterstatterin und das EP zunächst den mangelhaften Willen einiger Mitgliedstaaten zur rechtzeitigen Umsetzung der AVMD-RL einerseits und das zu zögerliche Handeln der Kommission bei der Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren andererseits. Laut *MdEP Kammerevert* hätten 23 Mitgliedstaaten noch im November 2020 keine signifikanten Fortschritte bei der Umsetzung der AVMD-RL in nationales Recht erzielt. Bis Mitte Mai 2022 sei diese Zahl allerdings auf fünf gesunken. Die wenigsten Fortschritte seien in Irland zu verzeichnen, dem Mitgliedstaat, den die meisten Plattformbetreiber aus Drittstaaten als Sitzland in der EU wählen.

Trotz dieser grundlegenden Kritik sei die AVMD-RL besser als ihr Ruf, könne aufgrund ihrer verzögerten Umsetzung aber noch nicht vollständig auf ihre Wirkung hin untersucht werden. Inhaltlich nimmt der Bericht v. a. das Herkunftslandprinzip, die Barrierefreiheit und Auffindbarkeit, die Quoten für europäische Werke auf Video-on-Demand-Plattformen sowie die Medienaufsicht in den Blick. Letztere habe sich in Form der ERGA als erfolgreich erwiesen, benötige aber eine angemessene personelle wie finanzielle Ausstattung. Abschließend stellte *MdEP Kammerevert* fest, dass auf den Online-Plattformen die vergleichsweise streng regulierten und kontrollierten Online-Angebote von Mediendienstanbietern aus der Europäischen Union oftmals direkt neben unkontrollierten und unregulierten Angeboten, die nicht von der Richtlinie erfasst werden, stünden. Diese Ungleichheit zum Nachteil der Anbieter aus der EU sollte nach ihrem Dafürhalten durch eine Weiterentwicklung der Richtlinie, bei der die Verantwortung global agierender Plattformbetreiber stärker einbezogen wird, beseitigt werden.

[Bericht des EP; Rede von MdEP Kammerevert im Rahmen der Plenardebatte](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

SICHERHEIT

Rat wird Abkommen mit Montenegro über die Zusammenarbeit mit Frontex unterzeichnen

Der Rat hat am 15.05.2023 einen Beschluss über die Unterzeichnung eines Abkommens mit Montenegro über operative Tätigkeiten der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) angenommen. Das Abkommen ermöglicht die Organisation gemeinsamer Operationen und die Unterstützung durch Frontex bei der Steuerung der Migrationsströme, der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, sofern das Land zustimmt. Das Abkommen wird ab dem 01.07.2023 vorläufig angewendet. Sobald das Europäische Parlament seine Zustimmung zu dem Abkommen gegeben hat, kann es vom Rat endgültig abgeschlossen werden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt zweiten Schengen-Status Bericht vor

Die Kommission hat am 16.05.2023 den zweiten Schengen-Statusbericht vorgelegt. Dieser Bericht ist Teil der Initiative der Kommission, die Governance des Schengen-Raums durch einen Jahresbericht weiter zu stärken, der die Lage im Schengen-Raum darstellt, Herausforderungen und bewährte Verfahren aufzeigt und vorrangige Aktionsbereiche nennt. Zu den konkreten Ergebnissen gehören der Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum, die Annahme eines neuen Rechtsrahmens für Schengen-Bewertungen, die erste mehrjährige strategische Politik für den integrierten europäischen Grenzschutz, die Annahme der Empfehlung des Rates über die operative Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden und die Einführung des neuen Schengener Informationssystems. Wichtigste Prioritäten sind u. a. die weitere Stärkung der EU-Außengrenzen, die Verbesserung der Wirksamkeit des Rückkehr- bzw. Rückführungssystems (Nutzung des SIS, Ausschöpfung der Möglichkeiten nach der Empfehlung der Kommission über die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen und die Beschleunigung von Rückführungen), die Erhöhung der inneren Sicherheit des Schengen-Raums zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels sowie die Erweiterung des Schengen-Raums: die Kommission fordert den Rat erneut auf, Rumänien und Bulgarien den uneingeschränkten Beitritt zum Schengen-Raum zu gestatten. Außerdem sollen über einen langen Zeitraum durchgeführte Kontrollen an den Binnengrenzen schrittweise abgeschafft werden und die Instrumente im Bereich der EU-Visapolitik zur Bewältigung von irregulärer Migration und Sicherheitsrisiken besser genutzt werden. Der Schengen-Statusbericht wird als Grundlage für die politische Debatte auf der Tagung des Schengen-Rates am 08.06.2023 dienen.

[Pressemitteilung](#)

[Zum Schengen-Status-Bericht](#) (in englischer Sprache)



GELDWÄSCHE

Rat erlässt Vorschriften zur Rückverfolgbarkeit von Kryptowertetransfers

Der Rat hat am 16.05.2023 aktualisierte Vorschriften über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers angenommen, indem der Anwendungsbereich dieser Vorschriften auf Kryptowertetransfers ausgeweitet wurde. Nach den neuen Vorschriften sind Anbieter von Krypto-Dienstleistungen verpflichtet, bestimmte Angaben über Auftraggeber und Begünstigte der von ihnen durchgeführten Transfers von Kryptowerten zu erheben und zugänglich zu machen, unabhängig davon, wie viele Kryptowerte übertragen werden. So wird die Rückverfolgbarkeit von Kryptowertetransfers sichergestellt, damit mögliche verdächtige Transaktionen besser erkannt und unterbunden werden können. Die Richtlinie ist Teil eines Pakets von Legislativvorschlägen zur Verschärfung der EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT), das die Kommission am 20.07.2021 vorgelegt hat.

[Pressemitteilung](#)

Kommission aktualisiert Liste der Drittländer mit hohem Risiko bei Geldwäschebekämpfung

Die Europäische Kommission hat am 17.05.2023 die Liste der Drittländer mit hohem Risiko aktualisiert, die strategische Mängel in ihren Regelungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aufweisen. Zwei Drittländer wurden in die Liste aufgenommen: Nigeria und Südafrika, während zwei andere Länder von der Liste gestrichen wurden: Kambodscha und Marokko. Diese Liste berücksichtigt die Informationen der Financial Action Task Force (FATF) und die auf der letzten FATF-Vollversammlung im Februar 2023 beschlossenen Änderungen an der Liste der „verstärkt überwachten Länder“ („graue Liste“). Als Gründungsmitglied der FATF ist die Europäische Kommission eng in die Überwachung der Fortschritte der aufgelisteten Länder bei der Behebung ihrer Defizite im Bereich der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und bei der vollständigen Umsetzung ihrer jeweiligen mit der FATF vereinbarten Aktionspläne eingebunden. Europäische Finanzinstitute und andere „Gatekeeper“ wie Notare, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer (in der Richtlinie als „Verpflichtete“ bezeichnet) sind verpflichtet, bei Transaktionen mit Hochrisiko-Drittländern erhöhte Wachsamkeit walten zu lassen (sog. „verstärkte Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden“). Gemäß Art. 9 der Richtlinie (EU) 2015/849, der Vierten Geldwäscherichtlinie, ist die Kommission beauftragt, eine solche Liste anzunehmen und regelmäßig zu aktualisieren, um Informationen von internationalen Organisationen und Standardsetzern im Bereich AML/CFT, wie der FATF, zu berücksichtigen.

Die Aktualisierung der Liste der Drittländer mit hohem Risiko hat die Rechtsform einer delegierten Verordnung, die nach Prüfung und Nichtbeanstandung durch das Europäische Parlament und den Rat innerhalb eines Monats (der um einen weiteren Monat verlängert werden kann) in Kraft tritt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



SPORT

Wahrung der Menschenrechte bei internationalen Sportveranstaltungen

Die Minister für Sport trafen sich am 15.05.2023 in Brüssel, um über die Achtung der Menschenrechte bei internationalen Sportveranstaltungen zu diskutieren. Die Minister betonten die Notwendigkeit einer guten Regierungsführung im Sport und erörterten Möglichkeiten zur Stärkung der Transparenz und der Achtung der Menschenrechte bei der Vergabe und Durchführung internationaler Sportveranstaltungen sowie bei den Aktivitäten nationaler, europäischer und anderer internationaler Sportorganisationen im Einklang mit den Leitprinzipien der Vereinten Nationen. Viele Minister wiesen auf Maßnahmen hin, die in ihren Ländern zum Schutz der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Diskriminierung im Allgemeinen ergriffen werden, einschließlich der Unterstützung von Frauen und LGBT-Sportlern. Die Sportminister nahmen zudem eine EntschlieÙung zur Überprüfung der Vertretung der EU-Mitgliedstaaten in der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) und der Koordinierung der Aktivitäten der WADA an. Ziel der Überprüfung ist es, das Verfahren zur Benennung und Ersetzung von EU-Vertretern bei WADA-Sitzungen zu erleichtern. Mit der EntschlieÙung des Rates wird insbesondere das Verfahren zur Auswahl der EU-Vertreter im Stiftungsrat der WADA aktualisiert.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

MILITÄRISCHE MOBILITÄT

Kommission veröffentlicht Projektaufruf i.H.v. 790 Mio. € zur Förderung militärischer Mobilität

Am 03.05.2023 hat die Kommission einen Projektaufruf i.H.v. 790 Mio. € zur Förderung der militärischen Mobilität in der EU unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) veröffentlicht. Bereits am 21.12.2022 stellte die Kommission 616 Mio. € für 35 Projekte zur Verfügung (EB 01/23). Die Verbesserung der zivil-militärischen Nutzung der Verkehrsinfrastruktur entlang der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) soll den Transport von Truppen und Ausrüstung erleichtern. Im Mittelpunkt stehen Projekte zur Doppelnutzung des Verkehrssystems, wie die Ertüchtigung von Straßen, Brücken und Schienen. Anträge können noch bis zum 21.09.2023 bei der EU-Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) eingereicht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Projektaufruf zur militärischen Mobilität](#)

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Kommission schließt Abkommen zur verkehrlichen Anbindung der westlichen Balkanstaaten ab

Am 16.05.2023 hat die Kommission Abkommen zur Verbesserung der verkehrlichen Anbindung mit Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien abgeschlossen. Bereits am 15.11.2022 hatte sich die Organisation der EU-Verkehrsgemeinschaft für engere Beziehungen mit der Ukraine, Republik Moldau und Georgien ausgesprochen (EB 19/22). Ziel ist es, die transeuropäischen Verkehrsnetze an den Bedarf der Netze der westlichen Balkanstaaten anzupassen und deren verkehrliche Anbindung an die EU zu fördern. Die EU-Verkehrsgemeinschaft mit einem ständigen Sekretariat in Belgrad (Serbien) unterstützt entsprechende Projekte in diesen Staaten. Die Republik Moldau wurde als erster Drittstaat in die Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) aufgenommen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Hintergrundinformationen zur Verkehrsgemeinschaft](#) (in englischer Sprache)

Kommission nimmt die Republik Moldau in die Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) auf

Am 09.05.2023 hat die Kommission mit der Republik Moldau als erstes Land außerhalb der EU eine Vereinbarung über die Aufnahme in das EU-Förderprogramm „Europa verbinden“ 2021 - 2027 (CEF 2.0) abgeschlossen. Damit kann die Republik Moldau EU-Fördermittel für Projekte in den Bereichen Verkehr, Energie und Digitales beantragen. Insgesamt stehen für CEF-Verkehr Zuschüsse i.H.v. 25,8 Mrd. €, CEF-Energie 5,8 Mrd. € und CEF-Digital 2 Mrd. € zur Verfügung. Ziel ist es, die Anbindung der Republik Moldau an die EU zu fördern. Im Verkehrsbereich regelt die Verordnung über die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-



V) die Förderfähigkeit von Projekten von Drittländern. Vorrangige Maßnahmen sollen die Konnektivität zwischen dem Kernnetz und dem Netz der Drittländer verbessern. Zudem werden Projekte von gemeinsamen Interessen für den Ausbau der Energieinfrastruktur und zur Entwicklung der digitalen Konnektivität gefördert. Die nächste Aufforderung zur Einreichung von Projekten unter CEF 2.0 ist für September 2023 geplant. Für den Verkehrsbereich sollen etwa 2,5 Mrd. € zur Verfügung stehen, die insbesondere zur Verbesserung der Schienenanbindung dienen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament fasst Entschließung zur urbanen Mobilität

Am 09.05.2023 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) eine Entschließung zum neuen EU-Rahmen für urbane Mobilität mit 485 Stimmen bei 31 Gegenstimmen und 113 Enthaltungen gefasst. Bereits am 14.12.2021 hatte die Kommission ihre Mitteilung zum neuen EU-Rahmen für urbane Mobilität im Rahmen ihres Pakets für effiziente und grüne Mobilität veröffentlicht (EB 20/21). Ziel ist es, eine nachhaltige und intelligente städtische Mobilität weiterzuentwickeln. Hierzu zählen effiziente öffentliche Verkehrssysteme und aktive Mobilitätslösungen, wie der Fußgänger- und Radverkehr. Bis 2030 sollen 100 klimaneutrale und intelligente europäische Städte entwickelt werden. Hieran beteiligt sich auch die Landeshauptstadt München. Die Europaabgeordneten fordern die Kommission auf, die Liste der städtischen Knoten um weitere Städte auf den Korridoren der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) zu ergänzen. Zudem wird die vollständige Integration des EU-Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) bis 2030 sowie ein höherer Anteil der Binnenschifffahrt am städtischen Verkehr gefordert. Darüber hinaus finden vom 04.10. - 06.10.2023 die europäischen „Urban Mobility Days“ in Sevilla (Spanien) statt. Für die spanische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2023 stehen dabei vor allem Praktiken für eine nachhaltige, innovative und gerechte Zukunft der urbanen Mobilität in Europa im Mittelpunkt.

[Entschließung des EP](#)

[Hintergrundinformationen zu den Urban Mobility Days](#) (in englischer Sprache)

STRAßENVERKEHR

Kommission schlägt Richtlinie zur CO₂-Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern vor

Am 04.05.2023 hat die Kommission eine Richtlinie zur CO₂-Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern vorgeschlagen. Bereits im Februar 2022 wurden die neuen Regelungen zur Eurovignetten-Richtlinie verabschiedet, die eine Staffelung der Gebühren für schwere Nutzfahrzeuge auf der Grundlage ihrer CO₂-Emissionen vorsieht (EB 04/22). Mit dem vorliegenden Richtlinienvorschlag sollen die Auswirkungen von Anhängern auf die CO₂-Emissionen von Lastkraftwagen bei den Straßenbenutzungsgebühren berücksichtigt werden. Effizientere Anhänger können sowohl den Kraftstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen senken als



auch die Reichweite der Fahrzeuge erhöhen. Damit sollen die Betriebskosten für effizientere Anhänger gesenkt und ihre Marktdurchdringung in der EU erhöht werden. Die Kommission führt hierzu bis zum 30.06.2023 eine öffentliche Konsultation durch.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Richtlinienvorschlag](#) (in englischer Sprache)

[Öffentliche Konsultation](#) (in englischer Sprache)

LUFTVERKEHR

Kommission führt Konsultation zur Verlängerung der Beihilfavorschriften für Regionalflughäfen durch

Bis zum 05.06.2023 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Verlängerung der Beihilfavorschriften für Regionalflughäfen mit weniger als 3 Mio. Fluggästen pro Jahr durch. Bereits im Juli 2022 hatte die Kommission hierzu eine Sondierung durchgeführt (EB 12/22). In den Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften aus dem Jahr 2014 sind Kriterien festgelegt, nach denen staatliche Beihilfen zur Kostendeckung der Regionalflughäfen gewährt werden können. Der Übergangszeitraum zur Anwendung der Luftverkehrsleitlinien endet am 04.04.2024. Aufgrund der negativen Folgen der COVID-19-Pandemie und der Energiekrise wird eine Verlängerung des Übergangszeitraums bis max. 04.04.2027 vorgeschlagen. Eine Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2023 geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

BAUEN UND WOHNEN

Europäisches Parlament fasst EntschlieÙung zur Normungsstrategie für den Binnenmarkt

Am 09.05.2023 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) eine EntschlieÙung zur EU-Normungsstrategie für den Binnenmarkt mit 501 Stimmen bei 18 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen gefasst (siehe auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Bereits im Dezember 2022 stimmte der Rat der politischen Einigung mit dem EP zur EU-Normungsstrategie abschließend zu (EB 20/22). Die Normungsverordnung bildet den Rahmen für den EU-Normungsprozess und ermöglicht es der Kommission, die drei europäischen Normungsorganisationen CEN, Cenelec und ETSI mit der Ausarbeitung europäischer Normen zu beauftragen sowie beim Normungsentwicklungsprozess nationale Normungsgremien mit einzubeziehen. Die Europaabgeordneten bekräftigen die Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen den EU-Organen, der Gemeinsamen Forschungsstelle, den nationalen Regierungen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Normungsorganisationen. Zudem wird die Kommission aufgefordert, Transparenzanforderungen im Bereich der Normung zu verbessern und die internen Verfahren zu beschleunigen.

[EntschlieÙung des EP](#)

[EU-Normungsstrategie](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Kommission: Vorstellung eines Patentpakets

Die Kommission hat am 27.04.2023 ein Patentpaket vorgestellt, welches Verordnungen über wesentliche Standardpatente (Essential Standard Patents (SEPs), COM (2023) 232)) (1), die obligatorische Lizenzierung von Patenten in Krisensituationen (COM (2023) 224) (2) und die Überarbeitung der Rechtsvorschriften über ergänzende Schutzzertifikate (COM (2023) 221 – 223, 231) (3) umfasst. Die vorgeschlagenen Regelungen sind Teil der neuen Industriestrategie der EU, die bereits am 10.03.2020 angenommen wurde. Am 25.11.2020 veröffentlichte die Kommission einen neuen Aktionsplan für geistiges Eigentum. Die genannten Vorschläge sollen das einheitliche Patentsystem ergänzen, das zusammen mit dem Unified Patent Court (UPC) ab dem 01.06.2023 in Kraft treten wird. Ziel ist es, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) u. a. dabei zu unterstützen, neue Technologien zu nutzen und zur Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Souveränität der EU beizutragen. Durch die vorgeschlagenen Regelungen soll u. a. ein einheitliches Zwangslizenzierungssystem in der EU geschaffen werden, das die bestehenden Fragmentierungen vermeidet und besser an EU-weite Krisen (bspw. die vergangene COVID-19-Pandemie) angepasst ist. Damit soll die Produktion kritischer Arzneimittel und medizinischer Hilfsgüter gewährleistet werden.

Zunächst wird nun nach Zuleitung der Kommissionsvorschläge das Europäische Parlament eine erste Positionierung und der Rat eine allgemeine Ausrichtung erarbeiten.

[Pressemitteilung der Kommission vom 27.04.2023](#)

[Vorschlag für eine Verordnung über ergänzende Schutzzertifikate](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag für eine Verordnung über die obligatorische Lizenzierung von Patenten](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag für eine Verordnung über standardessentielle Patente](#) (in englischer Sprache)

Kommission: Vorstellung eines Korruptionsbekämpfungspakets

Die Kommission hat am 03.05.2023 ein Korruptionsbekämpfungspaket vorgestellt. Dieses besteht aus einer gemeinsamen Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik über die Bekämpfung der Korruption (JOIN(2023) 12 final) (1), in der einerseits ein Überblick über die bestehenden EU-Rechtsvorschriften und – Maßnahmen im Bereich der Korruptionsbekämpfung gegeben wird und die zum anderen Überlegungen enthält, wie künftige EU-Maßnahmen in diesem Bereich verstärkt werden könnten. Insoweit ist die Errichtung eines EU-Netzwerks gegen Korruption geplant. Daneben gibt es einen Richtlinienvorschlag der Kommission zur Korruptionsbekämpfung (COM(2023) 234 final) (2). Dieser soll den bestehenden EU-Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, u. a. die Richtlinie (EU) 2017/1371, aktualisieren, indem u. a. Mindestvorschriften für die Definition von Straftaten und Sanktionen im Bereich der Korruption sowie Maßnahmen zur besseren Verhütung und Bekämpfung von Korruption festgelegt werden.



Darüber hinaus gibt es einen Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik für eine neue Sanktionsregelung im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) (3). Damit sollen seitens der EU restriktive Maßnahmen (EU-Sanktionen) ergriffen werden können, wenn Korruptionshandlungen die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ernsthaft beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen drohen. Der Vorschlag ergänzt und verstärkt die übrigen Korruptionsbekämpfungsinstrumente der EU.

Der Richtlinienvorschlag der Kommission zur Korruptionsbekämpfung wird vom Europäischen Parlament und vom Rat beraten werden. Der vorgeschlagene neue Rahmen für GASP-Sanktionen gegen Korruption muss vom Rat erörtert und angenommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 03.05.2023](#)

[Gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters](#) (in englischer Sprache)

[Richtlinienvorschlag der Kommission zur Korruptionsbekämpfung](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Urteil zur Bekämpfung von Korruption

Der EuGH hat am 04.05.2023 in einem Vorabentscheidungsersuchen Rumäniens (Rechtssache C-40/21) entschieden, dass das Unionsrecht nationalen Regelungen nicht entgegensteht, die die Bekleidung öffentlicher Ämter für eine Dauer von drei Jahren verbieten, wenn Personen in der Ausübung eines solchen gegen Vorschriften über Interessenkonflikte verstoßen haben.

Der Entscheidung liegt der Ausgangsfall eines Klägers zugrunde, der von 2016 - 2020 Bürgermeister einer Gemeinde in Rumänien war. Dieser soll laut eines Beurteilungsberichts der Nationalen Integritätsbehörde Rumänien die Vorschriften über Interessenskonflikte im Bereich der Verwaltung nicht eingehalten haben. Der Kläger erhob daraufhin Klage auf Nichtigerklärung des Berichts und machte geltend, dass das Unionsrecht einer Regelung entgegenstünde, die die Bekleidung öffentlicher Ämter für eine Dauer von drei Jahren verbiete, wenn Personen in der Ausübung eines solchen gegen Vorschriften über Interessenkonflikte verstoßen hätten. Das zuständige Berufungsgericht rief den EuGH mit der Fragestellung an, ob das genannte Verbot mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Strafen (Art. 49 Abs. 3 der Charta), dem Recht zu arbeiten (Art. 15 Abs. 1 der Charta) sowie dem Recht auf einen unwirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht (Art. 47 der Charta) vereinbar sei.

Der EuGH kommt zu dem Ergebnis, dass das Unionsrecht einer solchen Regelung nicht grundsätzlich entgegenstehe, sofern die betroffene Person über die Möglichkeit verfüge, eine solche Sanktion gerichtlich überprüfen zu lassen. Dabei sei insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen, dessen Verletzung aufgrund des strikten Rahmens des Verbotes, der in keinem Fall eine Anpassung ermögliche, nicht ausgeschlossen werden könne.

[Pressemitteilung des EuGH vom 04.05.2023](#)

[Urteil des EuGH vom 04.05.2023](#)



PEGA: Abstimmung über Abschlussbericht und Empfehlung des Europäischen Parlaments

Am 08.05.2023 hat der Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) zur Untersuchung des Einsatzes von Pegasus und gleichwertiger Überwachungs-Spyware (PEGA-Ausschuss) über den Entwurf eines Abschlussberichts zur Prüfung von Behauptungen und Verstößen gegen EU-Recht mit Blick auf den Einsatz von Pegasus und anderer Spähsoftware sowie den Entwurf einer Empfehlung des EPs an den Rat und die Kommission für künftige Maßnahmen abgestimmt. Der sog. PEGA-Ausschuss war am 10.05.2022 durch das EP für die Dauer von zwölf Monaten eingesetzt worden, um mutmaßliche Verstöße oder Missstände bei der Anwendung des EU-Rechts im Zusammenhang mit der Verwendung von Pegasus und gleichwertiger Spyware-Überwachungssoftware zu untersuchen.

Im Abschlussbericht kommen die Abgeordneten zum Ergebnis, dass teilweise zwar bereits Maßnahmen seitens der Mitgliedstaaten ergriffen worden seien, um Missbrauch von Spähsoftware zu unterbinden, diese allerdings häufig ineffektiv seien. Darüber hinaus bestehe ein immenser Mangel an Verfolgung. Der Untersuchungsausschuss appelliert an die Kommission als Hüterin der Verträge und die europäischen Institutionen Maßnahmen zur Bekämpfung des Einsatzes von Spähsoftware zu ergreifen.

Der Abschlussbericht ist mit 30 JA-Stimmen zu 3 NEIN-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen worden. Die Empfehlung des EPs, über die am 12.06.2023 in der Plenarsitzung des Parlaments abgestimmt werden soll, ist mit 30 JA-Stimmen zu 5 NEIN-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen worden.

[Livestream vom 08.05.2023](#)

[Presseerklärung des EPs vom 08.05.2023](#) (in englischer Sprache)

[Überblick über die Dokumente \(Abschlussbericht etc.\)](#)

[Pressekonferenz vom 09.05.2023](#)

Europäisches Parlament unterstützt Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 10.05.2023 mit 472 JA-Stimmen, 62 NEIN-Stimmen und 73 Enthaltungen für den Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) gestimmt. Darüber hinaus stimmten die Abgeordneten mit 464 JA-Stimmen, 81 NEIN-Stimmen und 45 Enthaltungen über Aspekte ab, welche die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung betreffen.

Trotz des Beitritts der EU zur Istanbul-Konvention verbleibt es jedoch bei der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Konvention selbst zu ratifizieren. Eine solche Ratifizierung ist bislang durch die Mitgliedstaaten Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei noch nicht erfolgt.

Die Ratifizierung wurde lange im Rat blockiert, bis der EuGH 2021 klarstellte, dass die Ratifizierung nicht von einer vorherigen einstimmigen Entscheidung aller Mitgliedstaaten abhängig gemacht werden dürfe. Der Rat kann nun den Beitritt der EU zu dem Übereinkommen abschließen (siehe auch Beitrag des StMAS in diesem EB).



[Presseerklärung des EPs vom 10.05.2023](#)

EuGH: Fluggastrechte bei Flugannullierung

Der EuGH hat am 11.05.2023 in den verbundenen Rechtssachen C-156/22 bis C-158/22 entschieden, dass Luftfahrtunternehmen im Falle einer Flugannullierung eine Ausgleichspflicht gegenüber Fluggästen gemäß der Fluggastrechteverordnung (Verordnung (EG) Nr. 261/2004 vom 11.02.2004) treffe, auch wenn der Grund für die Annullierung des Fluges im plötzlichen Tod des Co-Piloten liegt.

Anlass für die Entscheidung war die durch das Landgericht Stuttgart vorgelegte Frage, ob in dem plötzlichen Tod des Co-Piloten ein „außergewöhnlicher Umstand“ i.S.d. Art. 5 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 läge. Hintergrund war die Annullierung eines Fluges aufgrund des unerwarteten Todes des Co-Piloten sowie der dadurch geschockten und sich als fluguntauglich gemeldeten Flugbesatzung.

Die Generalanwältin sah in diesen – wenn auch tragischen – Ereignissen keinen „außergewöhnlichen Umstand“. Dem folgte nun auch der EuGH mit der Begründung, dass ein plötzlicher Todesfall des Co-Piloten im Ergebnis nicht anders zu behandeln sei, als ein unerwarteter Personalausfall bspw. aufgrund einer Erkrankung. Ausschlaggebend sei der Umstand der – zwar unvorhergesehenen, aber nicht „außergewöhnlichen“ – Abwesenheit als solcher, nicht jedoch die der Abwesenheit zugrundeliegende Ursache. Unvorhergesehene Abwesenheiten des Personals bei der Planung von Einsätzen gehörten indes zu der alltäglichen Tätigkeit eines Luftfahrtunternehmens, da es die Frage der Arbeitszeiten des Personals betreffe und somit zum typischen Aufgabenkreis des Luftfahrtunternehmens gehöre. Das Luftfahrtunternehmen treffe daher eine entsprechende Ausgleichspflicht.

[Pressemitteilung des EuGH vom 11.05.2023](#)

[Urteil des EuGH vom 11.05.2023](#)

[Schlussantrag der Generalanwältin vom 09.02.2023](#)

[Verordnung \(EG\) Nr. 261/2004](#)

EuGH: Unabhängigkeit und Unparteilichkeit von Organen in Disziplinarverfahren gegen Richter

Der EuGH hat am 11.05.2023 in der Rechtssache C-817/21 entschieden, dass das Erfordernis der richterlichen Unabhängigkeit auch für solche Organe gelte, deren Aufgabe die Durchführung von Disziplinarverfahren sei.

Nachdem in Rumänien u. a. eine Disziplinarbeschwerde gegen den zuständigen Chefinspekteur eingestellt worden war, erhob der Betroffene Anfechtungsklage gegen diese Einstellung beim Berufungsgericht Bukarest. In Rumänien wird die Justizinspektion durch den Chefinspekteur geleitet. Dieser benennt einen stellvertretenden Chefinspekteur dessen Amtszeit mit der des Chefinspektors endet und dessen Tätigkeit auch durch den Chefinspekteur beurteilt wird. Disziplinarische Maßnahmen können nur durch einen Bediensteten der Justizinspektion eingeleitet werden, dessen berufliches Fortkommen ebenfalls vom Chefinspekteur abhängt.



Das Berufungsgericht Bukarest hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob das Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegenstünde, die es dem Chefinspekteur der Justizinspektion gestatte, Verwaltungsmaßnahmen zu erlassen, mit denen er über die Auswahl der Justizinspektoren und die Beurteilung ihrer Tätigkeit und die Ernennung des stellvertretenden Chefinspektors entscheidet, wobei nur diese Personen disziplinarische Ermittlungsmaßnahmen gegen den Chefinspekteur durchführen, bestätigen oder ablehnen können.

Der EuGH stellt fest, dass bei einer Disziplinarordnung jeglicher Anschein politischer Kontrolle richterlicher Tätigkeit vermieden werden müsse. Dies sei vorliegend nicht erfüllt. Die Ausgestaltung der Justizinspektion, namentlich die grundsätzlichen Abhängigkeiten der Bediensteten inkl. des stellvertretenden Chefinspektors, seien dazu geeignet, dass Betroffene von einer Disziplinaranzeige gegen den Chefinspekteur absehen könnten.

[Pressemitteilung des EuGH vom 11.05.2023](#)

[Urteil des EuGH vom 11.05.2023](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Bildungsministerrat der EU: Austausch zur Förderung der Lesekompetenzen – Verabschiedung von Texten zur automatischen Anerkennung von Bildungsabschlüssen und zur Zukunft des Europäischen Bildungsraumes

Auf der Sitzung des Bildungsministerrates tauschten sich die EU-Bildungsminister/innen am 16.05.2023 in Brüssel zum Thema „Lesen und warum es für Lernen, Chancengleichheit und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft wichtig ist“ aus. Zu Beginn der Diskussion wurden die internationalen Ergebnisse der aktuellen PIRLS-Studie (PIRLS 2021) zu den Lesekompetenzen vorgestellt. In der Aussprache bestand Einigkeit über die Bedeutung des Lesens und die Notwendigkeit, auf nationaler und europäischer Ebene, verstärkte Anstrengungen zur Förderung des Lesens zu unternehmen. Darüber hinaus wurden Schlussfolgerungen des Rates zu weiteren Schritten zur Verwirklichung der automatischen gegenseitigen Anerkennung in der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Entschließung des Rates „Der europäische Bildungsraum: Blick auf das Jahr 2025 und darüber hinaus“ verabschiedet.

[Sitzungsinformationen des Rates, einschließlich einer Verknüpfung zu den beschlossenen Texten](#) (in englischer Sprache)

[Videomitschnitt der Ratssitzung](#)

[Ergebnisse der PIRLS-Studie](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Tagung des EU-Kulturministerrats

Am 16.05.2023 trafen sich die EU-Kultur- und Medienministerinnen und -minister zu ihrer formellen Ratstagung unter schwedischer Präsidentschaft. Im Mittelpunkt stand dabei eine politische Orientierungsaussprache zu den aktuellen Verhandlungen zum European Media Freedom Act (EMFA), also ein Medienthema (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

Im Kulturbereich wurden die Ratschlussfolgerungen zu gefährdeten und vertriebenen Künstlern, die im EU-Kulturausschuss in den vergangenen Monaten verhandelt wurden, verabschiedet. Die Schlussfolgerungen weisen auf die herausragende Bedeutung von Kultur und künstlerischer Freiheit für die Identität und Resilienz einer Gesellschaft hin sowie auf die Gefährdungen, denen Künstler durch aktuelle Kriege und Krisen ausgesetzt sind. Hervorgehoben wird dabei der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der gerade auch die Zerstörung der kulturellen Identität und des Kulturerbes des Landes zum Ziel habe. Umso wichtiger sei es, bedrohte und vertriebene Künstler in aller Welt zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit der künstlerischen Betätigung weiter zu ermöglichen. Die Schlussfolgerungen fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dementsprechende wirksame Unterstützungsmaßnahmen gemeinsam zu entwickeln und zu ergreifen.

[Tagungsseite des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport](#) (in englischer Sprache)

[Ratschlussfolgerungen zu gefährdeten und vertriebenen Künstlern](#) (in englischer Sprache)

Drei Projekte zur Unterstützung der ukrainischen Kultur und des Kulturerbes ausgewählt

Nachdem die Kommission im September 2022 eine Sonderausschreibung im Rahmen des Programms Kreatives Europa zur Unterstützung des ukrainischen Kultursektors und des Kulturerbes gestartet hatte (EB 14/22), wurden nunmehr am 16.05.2023 drei erfolgreiche Konsortien, an denen insgesamt 16 europäische und ukrainische Kulturorganisationen beteiligt sind, bekanntgegeben.

Zwei Konsortien (ZMINA und Culture Helps) werden ukrainische Künstler und Kulturorganisationen dabei unterstützen, ihr kreatives Schaffen aufrechtzuerhalten. Ein Konsortium (U-RE-HERIT) wird sich beim Wiederaufbau ukrainischer Kultur- und Kulturerbestätten einbringen.

[Pressemitteilung der Kommission mit Links zu den Konsortien](#) (in englischer Sprache)

Mariya Gabriel als Kommissarin zurückgetreten

Die Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, *Mariya Gabriel*, ist am 15.05.2023 von ihrem Amt zurückgetreten. Hintergrund ist, dass sie vom bulgarischen Staatspräsidenten beauftragt worden ist, eine Regierung zu bilden, die sie dann im Erfolgsfall als Ministerpräsidentin des Landes leiten wird.



Das Portfolio von Frau *Gabriel* in der Kommission werden vorerst Exekutiv-Vizepräsidentin *Margrethe Vestager* (Innovation und Forschung) und Vizepräsident *Margaritis Schinas* (Bildung, Kultur und Jugend) übernehmen.

[Erklärung von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*](#)

Ausschreibung zur Besetzung hochrangiger Expertengruppe zur Zwischenevaluierung von Horizont Europa

Die Kommission hat am 15.05.2023 eine Ausschreibung zur Besetzung einer hochrangigen Expertengruppe zur Zwischenevaluierung des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa gestartet.

Auftrag der Gruppe wird sein, strategische Empfehlungen für die Zukunft des Forschungsrahmenprogramms unter Berücksichtigung der Zwischenbewertung des laufenden Programms Horizont Europa sowie der Abschlussbewertung von Horizont 2020 zu erarbeiten. Die Ergebnisse werden dann direkt in die Gestaltung des nächsten Rahmenprogramms, das ab 2028 gelten wird, einfließen.

Die Gruppe soll aus 15 Mitgliedern bestehen, die aufgrund ihrer persönlichen Expertise ausgewählt werden. Die Ausschreibung richtet sich an ausgewiesene Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der europäischen und internationalen Forschungskooperation. Die Kommission strebt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft sowie ein geografisches, geschlechts- und altersmäßiges Gleichgewicht an.

Die Bewerbungsfrist endet am 20.06.2023. Ziel ist, dass die Gruppe ihre Arbeit noch in diesem Jahr aufnimmt.

[Informationen und Text der Ausschreibung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Euro-Gruppe am 28.04.2023: u. a. Bankenunion und Entwicklungen im Bankensektor

Am 28.04.2023 fand eine Sitzung der Euro-Gruppe im inklusiven Format statt. Auf der Tagesordnung standen u. a. folgende Punkte: Bestandsaufnahme der Bankenunion und Entwicklungen im Bankensektor sowie Nachbericht zum Euro-Gipfel vom März.

Die Finanz- und Wirtschaftsminister nahmen eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen im Bereich der makroökonomischen und finanziellen Stabilität vor. Der Vorsitzende des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank (EZB) *Andrea Enria* und der Vorsitzende des Einheitlichen Abwicklungsausschusses *Dominique Laboureix* legten ihre Einschätzung der jüngsten Entwicklungen im Bankensektor dar. Auf dieser Grundlage führten die Minister einen breiten Gedankenaustausch zu diesen Entwicklungen und waren sich dabei einig, dass das europäische Bankensystem nach wie vor widerstandsfähig und stabil sei. Die seit Jahren geführte Arbeit in Bezug auf die Regulierung und die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems habe sich in den letzten Monaten als sehr wertvoll erwiesen.

Danach stellte die Kommission die wichtigsten Ziele ihres am 18.04.2023 vorgelegten Legislativpakets zum Rahmen für das Krisenmanagement und die Einlagensicherung vor. Die Minister diskutierten über weitere Schritte, die erforderlich sind, um das Bankensystem noch widerstandsfähiger zu machen (Bereitstellung der Liquiditätssicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus, Überprüfung des Rahmens für das Krisenmanagement und die Einlagensicherungssysteme).

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 28.04.2023](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 28.04.2023](#) (in englischer Sprache)

[Aufzeichnung der Pressekonferenz am 28.04.2023](#)

Informelle ECOFIN-Sitzung am 28.-29.04.2023: u. a. langfristige Perspektive für Stabilisierungsmaßnahmen und nachhaltige öffentliche Finanzen

Am 28./29.04.2023 fand ein informelles Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister in Stockholm unter dem Vorsitz der schwedischen Finanzministerin *Elisabeth Svantesson* statt. Auf der Tagesordnung standen u. a. folgende Punkte: Finanzierung des künftigen Wachstums in Europa sowie langfristige Perspektive für Stabilisierungsmaßnahmen und nachhaltige öffentliche Finanzen.

Zunächst fand ein Meinungsaustausch zur Rolle der europäischen Finanzmärkte bei der Finanzierung der nächsten Generation von Unternehmen statt. Es wurde die Frage aufgeworfen, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um Kapital in die EU zu holen, ohne dabei den Grundsatz der strategischen Autonomie der EU zu vernachlässigen. Die Minister waren sich einig, dass der Ausbau des europäischen Kapitalmarkts und



die Reduzierung seiner Fragmentierung einen wichtigen Beitrag leisten könnten, die Bedingungen für junge, innovative Unternehmen in Europa zu verbessern.

Danach fand ein Meinungsaustausch zur Rolle der Finanzpolitik in der allgemeinen Stabilisierungspolitik mit einer längerfristigen Perspektive statt. Die Minister diskutierten sowohl über die unmittelbare Arbeit an der Überprüfung der europäischen Fiskalregeln als auch über die Rolle der Finanzpolitik im Allgemeinen. Aus deutscher Sicht seien die Kommissionsvorschläge vom 26.04.2023 laut *Lindner* „noch nur ein erster Schritt“. Der Bundesfinanzminister forderte „in Zahlen gegossene Anforderungen“ und „deutliche Reduzierung der Verschuldung“.

[ECOFIN-Tagung am 28./29.04.2023](#) (in englischer Sprache)

Euro-Gruppe am 15.05.2023: u. a. Bankenunion und digitale Zentralbankwährungen

Bei der Euro-Gruppe am 15.05.2023 standen u. a. folgende Punkte auf der Tagesordnung: makroökonomische Entwicklungen im Euroraum, thematische Diskussion – Unternehmenssektor: strukturelle Herausforderungen vor dem Hintergrund verstärkter geopolitischer Spannungen, Bankenunion sowie digitale Zentralbankwährungen.

Die Kommission präsentierte zunächst ihre Frühjahrsprognose. Auf dieser Grundlage führte die Euro-Gruppe einen Gedankenaustausch über die wirtschaftlichen Aussichten und die Herausforderungen für die künftige politische Koordinierung. Danach diskutierten die Minister über die Vulnerabilität von Unternehmen, insbesondere vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Energiekosten. Herausforderungen für Unternehmen ergeben sich aus den mit hoher Unsicherheit verbundenen verhaltenen Wachstumsaussichten, einem generell hohen Inflationsumfeld und der damit verbundenen geldpolitischen Antwort, die mit höheren Finanzierungskosten sowie verschärften Kreditbedingungen einhergeht.

Der Vorsitzende des einheitlichen Aufsichtsmechanismus *Andrea Enria* berichtete zur aktuellen Lage des Bankensektors im Euroraum: Derzeit werde die Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken insgesamt als angemessen bewertet, die hinreichende Stabilität des Bankensektors sei gewährleistet.

Die Euro-Gruppe führte auch einen Gedankenaustausch über die internationalen Aspekte digitaler Zentralbankwährungen und über die Fortschritte des Projekts zum digitalen Euro sowie beriet sie über das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 15.05.2023](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 15.05.2023](#) (in englischer Sprache)

[Aufzeichnung der Pressekonferenz am 15.05.2023](#)



ECOFIN-Sitzung am 16.05.2023: Besteuerung sowie Rahmen für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung

Beim ECOFIN am 16.05.2023 standen u. a. folgende Punkte auf der Tagesordnung: Aktualisierung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (DAC 8), ein Rahmen für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung, wirtschaftliche und finanzielle Folgen der Aggression Russlands gegen die Ukraine sowie wirtschaftliche Erholung in Europa.

Zunächst legte der Rat seinen Standpunkt (allgemeine Ausrichtung) zur (achten) Aktualisierung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (DAC 8) fest. Die Änderungen betreffen in erster Linie die Meldung und den automatischen Austausch von Informationen über Einnahmen aus Geschäften mit Kryptowerten sowie Informationen über Vorbescheide für die wohlhabendsten Einzelpersonen.

Danach präsentierte die Kommission ihre Vorschläge vom 18.04.2023 zur Überprüfung des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung. Die Minister gaben dazu ihre ersten Stellungnahmen ab. Der Rat nahm auch die Verordnung über Märkte für Kryptowerte sowie aktualisierte Vorschriften zur Rückverfolgbarkeit von Kryptowertetransfers an, billigte seine Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets und legte seinen Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 01/2023 fest.

[Wichtigste Ergebnisse der ECOFIN-Tagung vom 16.05.2023](#) (in englischer Sprache)
[Pressekonferenz am 16.05.2023](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Öffentliche Konsultationen zur Reform des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens

Die Kommission hat am 27.04.2023 zwei Konsultationen zu den Legislativvorschlägen der Reform des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens gestartet, die bis zum 27.06.2023 laufen.

Alle eingegangenen Rückmeldungen werden von der Kommission zusammengefasst sowie dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt, damit sie in die legislative Debatte einfließen können.

[Konsultation zum Vorschlag für eine Verordnung über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung \(EG\) Nr. 1466/97](#)
[Konsultation zum Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit](#)

Europäische Zentralbank hebt Zinssätze erneut an

In seiner geldpolitischen Sitzung am 04.05.2023 hat der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschlossen, die Leitzinsen um jeweils 25 Basispunkte erneut anzuheben. Damit wird der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die



Einlagefazilität mit Wirkung zum 10.05.2023 auf 3,75 %, 4,00 % bzw. 3,25 % erhöht. Die Inflationsaussichten seien nämlich weiterhin zu hoch, und dies über einen zu langen Zeitraum.

Zugleich will die EZB von Juli an die Gelder aus auslaufenden Wertpapieren des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) nicht mehr in den Erwerb neuer Anleihen investieren.

[Pressemitteilung der EZB zu geldpolitischen Beschlüssen vom 04.05.2023](#)

[Einleitende Bemerkungen von EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* und von Vizepräsidenten *Luis de Guindos* zur Pressekonferenz vom 04.05.2023](#)

Frühjahrsprognose 2023: verbesserte Aussichten vor dem Hintergrund anhaltender Herausforderungen

Am 15.05.2023 veröffentlichte die Kommission ihre aktualisierte Prognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung, in der sie den Wachstumsausblick für die EU-Wirtschaft im Jahr 2023 auf 1,0 % (Winterzwischenprognose: 0,8 %) und im Jahr 2024 auf 1,7 % (1,6 %) bzw. fürs Euro-Währungsgebiet im Jahr 2023 auf 1,1 % (0,9 %) und im Jahr 2024 auf 1,6 % (1,5 %) anhebt. Die Kommission korrigiert auch die Inflation in der EU auf 6,7 % (6,4 %) im Jahr 2023 und 3,1 % (2,8 %) im Jahr 2024 sowie im Euro-Währungsgebiet auf 5,8 % (5,6 %) im Jahr 2023 und 2,8 % (2,5 %) im Jahr 2024 nach oben. In Deutschland wird ein Anstieg des BIP im Jahr 2023 um 0,2 % bzw. im Jahr 2024 um 1,4 % sowie eine Inflation von 6,8 % fürs Jahr 2023 bzw. von 2,7 % fürs Jahr 2024 erwartet.

Die Kommission stellt auch fest, dass das gesamtstaatliche Defizit der EU im Jahr 2022 auf 3,4 % des BIP zurückging. Die sinkenden Energiepreise dürften es den Regierungen im Jahr 2023 und insbesondere im Jahr 2024 ermöglichen, Unterstützungsmaßnahmen im Energiebereich auslaufen zu lassen, wodurch weitere Defizitsenkungen auf 3,1 % bzw. 2,4 % des BIP in der EU vorangetrieben werden. Die aggregierte Schuldenquote der EU wird den Projektionen zufolge im Jahr 2024 stetig zurückgehen und unter 83 % (90 % im Euro-Währungsgebiet) sinken.

[Mitteilung der Kommission vom 15.05.2023](#)

[Volltext der Frühjahrsprognose 2023](#) (in englischer Sprache)

[Frühjahrsprognose 2023 für Deutschland](#) (in englischer Sprache)

EU-HAUSHALT

Europäisches Parlament spricht sich für mehrere neue Eigenmittel aus

Das Europäische Parlament (EP) hat am 10.05.2023 einen Bericht zu Eigenmitteln angenommen. Darin wird im Vorfeld eines im Herbst erwarteten Kommissionsvorschlags über weitere Einnahmequellen der EU die Einnahmenseite des EU-Haushalts bewertet. Die Abgeordneten haben sich auch für mehrere neue Eigenmittel ausgesprochen, darunter: auf der Körperschaftssteuer basierende Eigenmittel, Finanztransaktionssteuer, Steuer auf Krypto-Vermögenswerte und auf Statistiken basierende nationale Beiträge.



Als einer der Hauptgründe für die Erschließung neuer EU-Einnahmequellen wird die Rückzahlung der Schulden im Rahmen von Next Generation EU genannt. Neue Herausforderungen wie der Ukraine-Krieg, die Inflation und der zunehmende globale Wettlauf um die Zukunft der Herstellung sauberer Energietechnologien würden die Notwendigkeit einer Neubewertung des EU-Eigenmittelsystems unterstreichen.

[Pressemitteilung des EP vom 10.05.2023](#) (in englischer Sprache)

STEUERN

EU-Zollreform: Eine datengesteuerte Vision für eine einfachere, intelligenterere und sicherere Zollunion

Die Kommission hat am 17.05.2023 Vorschläge für eine ehrgeizige und umfassende Reform der EU-Zollunion vorgelegt. Danach werden Unternehmen, die Waren in die EU einführen wollen, alle Informationen über ihre Produkte und Lieferketten einmal übermitteln und in eine einzige Online-Umgebung einspeisen können: die neue EU-Zolldatenplattform. Die Behörden aller Mitgliedstaaten erhalten somit zu Echtzeitdaten einen vollständigen Überblick über die Lieferketten und den Warenverkehr. In bestimmten Fällen, in denen die Geschäftsabläufe und Lieferketten vollkommen transparent sind, können die vertrauenswürdigsten Händler („Trust & Check“-Händler) ihre Waren ohne aktives Tätigwerden der Zollbehörden in der EU in den Verkehr bringen sowie alle ihre Einfuhren bei den Zollbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie ansässig sind, abfertigen.

Auch wird künstliche Intelligenz genutzt, um Daten zu analysieren und zu überwachen sowie Probleme zu ermitteln. Um Kontrollen und Untersuchungen der Mitgliedstaaten zu koordinieren, werden Informationen und Fachwissen auf EU-Ebene im Rahmen der neuen EU-Zollbehörde gebündelt, sodass die Zusammenarbeit zwischen Zoll-, Marktüberwachungs- und Strafverfolgungsbehörden auf EU- und nationaler Ebene erheblich verbessert wird.

Gleichzeitig wird mit der Reform der derzeitige Schwellenwert aufgehoben, der eine Zollbefreiung von Waren mit einem Wert von weniger als 150 € ermöglicht, wobei die Berechnung der Zollgebühren für die gängigsten Waren mit geringem Wert, die außerhalb der EU gekauft werden, vereinfacht werden sollte. Es wird erwartet, dass die neue maßgeschneiderte Regelung für den elektronischen Handel zusätzliche Zolleinnahmen in Höhe von 1 Mrd. € jährlich generieren wird.

[Pressemitteilung der Kommission vom 17.05.2023](#)

[Fragen und Antworten zur EU-Zollreform](#)

[Weitere Informationen zur EU-Zollreform \(einschließlich der Rechtstexte\)](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Kommission schlägt Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsindustrie vor

Die Kommission hat am 03.05.2023 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung des Gesetzes zur Unterstützung der Munitionsproduktion vorgestellt. Ziel des Vorhabens ist, die Produktionskapazitäten in der EU zu erhöhen und den derzeitigen Mangel an Munition und Flugkörpern sowie deren Komponenten zu beheben. Der Vorschlag umfasst dazu (i) ein Instrument zur finanziellen Unterstützung des Ausbaus der industriellen Produktionskapazitäten für die betreffenden Verteidigungsgüter, (ii) einen Überwachungsmechanismus mit Blick auf mögliche Engpässe in den entsprechenden Lieferketten und (iii) die Einführung eines befristeten Rechtsrahmens zur Behebung des Munitionsmangels. Hierzu soll laut Entwurf ein Budget in Höhe von 500 Mio. € bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll der Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln erleichtert werden. Zudem enthält der Vorschlag Maßnahmen zur vorübergehenden Beseitigung regulatorischer Hindernisse für die Markteinführung. Das Instrument soll laut Entwurf Mitte 2025 auslaufen. Das Europäische Parlament (EP) hat am 09.05.2023 mehrheitlich dafür gestimmt, ein Dringlichkeitsverfahren zur Beschleunigung des Verfahrens einzuleiten. Der Vorschlag wird nun sowohl vom Rat als auch im Plenum des EP (vss. 31.05./01.06.2023) beraten.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Entwurf der Verordnung](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Kommission schlägt Richtlinie zur CO₂-Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern vor

Die Kommission hat am 04.05.2023 einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinien über die Erhebung von Straßennutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge mit Anhängern in Bezug auf die CO₂-Emissionsklasse vorgelegt. Ziel ist es, die Auswirkungen von Anhängern auf die CO₂-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen im Kontext der Straßennutzungsgebühren zu berücksichtigen. Die Kommission hat am 05.05.2023 eine Konsultation zum genannten Vorschlag initiiert. Eingegangene Rückmeldungen werden von der Kommission zusammengefasst und dem Europäischen Parlament (EP) und dem Rat vorgelegt, um in die Gesetzgebungsdebatte einfließen zu können. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 30.06.2023.

[Zur Konsultation](#)



Republik Moldau: Kommission schlägt Verlängerung und Ausweitung der autonomen Handelsmaßnahmen vor

Die Kommission hat am 02.05.2023 vorgeschlagen, das Aussetzen von Einfuhrzöllen und Kontingenten für moldauische Ausfuhren in die EU um ein weiteres Jahr zu verlängern. Zudem sieht der Entwurf eine Ausweitung der Aussetzung auf alle verbleibenden Zölle und Zollkontingente auf moldauische Einfuhren vor. Die autonomen Handelsmaßnahmen – seit 25.07.2022 in Kraft – sollen der Unterstützung der moldauischen Wirtschaft insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine dienen. Insgesamt lässt sich ein Anstieg der Ausfuhren aus der Republik Moldau in die EU von 1,8 Mrd. € im Jahr 2021 auf 2,6 Mrd. € im Jahr 2022 beobachten. Im nächsten Schritt beraten Europäisches Parlament und Rat über den Vorschlag.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Politische Einigung zur Verordnung über den Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse

Der Rat und das Europäische Parlament (EP) haben am 02.05.2023 eine politische Einigung zur von der Kommission am 13.04.2022 vorgeschlagenen Verordnung (EB 08/22) über den Schutz geografischer Angaben für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse erzielt (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB), der den bestehenden EU-Schutz für geografische Angaben im Agrarbereich ergänzen und zu mehr Innovationen und Investitionen im Handwerk führen soll.

Mit der Einigung sollen die Kohärenz zwischen den Vorschriften zum Schutz geografischer Angaben, effiziente Verfahren zur Kontrolle und Überprüfung, die Anwendung auch für Domain-Namen und im Online-Bereich, eine Verfahrenserleichterung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und ein hohes Maß an Rechtsschutz gewährleistet werden. Sobald die Einigung von Rat und EP formal bestätigt wird, kann diese im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden und tritt 20 Tage später in Kraft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates](#)

Kommission legt Entwurf für Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen mit dem Vereinigten Königreich vor

Die Kommission hat am 17.05.2023 den Entwurf einer Absichtserklärung angenommen, mit der ein Rahmen für eine strukturierte regulatorische Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich (UK) im Bereich der Finanzdienstleistungen geschaffen werden soll. Der Entwurf schließt sich an die Gemeinsame Erklärung zwischen EU und UK zur Regulierungszusammenarbeit im Finanzdienstleistungsbereich an, welche dem Handels- und Kooperationsabkommen beigefügt ist. Mit der Absichtserklärung soll der administrative Rahmen zur freiwilligen regulatorischen Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen geschaffen werden, der



nicht vom Handels- und Kooperationsabkommen abgedeckt wird. Dazu zählt u. a. die Schaffung eines EU-UK Finanzregulierungsforums, um den Dialog in Bezug auf Finanzdienstleistungen zu fördern. Der gegenseitige Marktzugang wird von der Erklärung nicht erfasst. Der Rat muss die Absichtserklärung noch endgültig billigen, damit sie von der Kommission unterzeichnet werden kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Vertretung der Kommission in Deutschland](#)

Kommission führt Warnsystem zur Überwachung der Halbleiter-Lieferketten ein

Die Kommission hat am 10.05.2023 ein Warnsystem zur Überwachung der Halbleiter-Lieferketten eingeführt. Das Halbleiter-Warnsystem ist Teil der dritten Säule des Europäischen Chip Gesetzes (EB 05/23); zu den Bestimmungen des Vorschlags zählt ein Koordinierungsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu verbessern, die Versorgung mit Halbleitern zu überwachen, die Nachfrage abzuschätzen, Engpässe vorherzusehen und bei Bedarf eine Krisenstufe zu aktivieren. Das nun eingerichtete Warnsystem ermöglicht es allen Beteiligten der europäischen Halbleiter-Wertschöpfungskette, kritische Störungen entlang der Lieferkette zu melden. Die im Rahmen des Europäischen Chip Gesetzes eingerichtete Halbleiter-Expertengruppe (European Semiconductor Expert Group, ESEG) wertet die Ergebnisse aus und soll sicherstellen, dass in potenziellen Krisensituationen schnell gehandelt werden kann. Die ESEG wird nach Umsetzung des Europäischen Chip Gesetzes durch das European Semiconductor Board unter Vorsitz der Kommission und mit Vertretern der Mitgliedsländer abgelöst.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Halbleiter-Warnsystem](#)

Kommission veröffentlicht Ausschreibungen zum Programm „Digitales Europa“

Die Kommission hat am 11.05.2023 die ersten Ausschreibungen im Kontext des Programms „Digitales Europa“ im Umfang von 122 Mio. € veröffentlicht (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB). Mit dem Programm soll die Digitalisierung auf europäischer Ebene insgesamt gestärkt werden (EB 04/2023). Die Ausschreibung richtet sich an Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Einrichtungen aus den EU-Mitgliedstaaten, den EFTA/EWR-Ländern und den assoziierten Ländern. Damit sollen Projekte in den Bereichen Online-Sicherheit und Desinformationsbekämpfung, Energieeinsparung und Genomforschung, Cloud-Infrastruktur und künstliche Intelligenz sowie digitale Kompetenzen gefördert werden. Vom Gesamtbudget im Umfang von 909,5 Mio. sollen knapp 400 Mio. € auf das Jahr 2023 entfallen. Frist für die Einreichung von Bewerbungen ist der 26.09.2023. Weitere Ausschreibungen im Rahmen des Arbeitsprogramms 2023/2024 sollen Ende Mai und im weiteren Jahresverlauf veröffentlicht werden.

[Pressemitteilung der Vertretung der Kommission in Deutschland](#)

[Informationen zur Bewerbung](#) (in englischer Sprache)



Kommission veröffentlicht Bericht über die Ergebnisse der kohäsionspolitischen Programmplanung 2021-2027

Die Kommission hat am 02.05.2023 einen Bericht über die Ergebnisse der kohäsionspolitischen Programmplanung 2021-2027 veröffentlicht. Als zentrales langfristiges Investitionsinstrument der EU zielt die Kohäsionspolitik auf die Stärkung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Zusammenhalts, die Beseitigung von Ungleichgewichten und die Stärkung der politischen Prioritäten in der EU ab. Zur Umsetzung der Kohäsionspolitik stehen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Kohäsionsfonds, der Europäische Sozialfonds Plus (ESF Plus) und der Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) zur Verfügung. Der Gesamtumfang der Investitionen beläuft sich im Programmzeitraum 2021-2027 auf 545 Mrd. €, davon 378 Mrd. € aus EU-Mitteln. Laut Bericht wird ausgehend von der EU-Kohäsionspolitik ein zusätzlicher Anstieg von 1,3 Mio. neuen Arbeitsplätzen zwischen 2021 und 2027 sowie eine zusätzliche Steigerung des europäischen Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich +0,5 % bis zum Ende des Jahrzehnts erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht über die Ergebnisse der kohäsionspolitischen Programmplanung 2021-2027](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Beschleunigung der Einführung von Wärmepumpen

Die Kommission hat am 28.04.2023 eine Konsultation zum Thema Wärmepumpen – Aktionsplan zur Beschleunigung der Einführung in der gesamten EU initiiert. Ziel der Initiative ist die Beschleunigung der flächendeckenden Einführung von Wärmepumpen durch Beseitigung der wichtigsten Hindernisse und schnellere Einführung von Wärmepumpen. Der Aktionsplan soll im Kontext einer strategischen Mitteilung veröffentlicht werden und (i) regulatorische und nicht-regulatorische sowie unterstützende Instrumente, (ii) Aspekte der Finanzierung, der Kommunikation und der Nutzung von Kompetenzen und (iii) mehrere Aktionsebenen (EU, national, lokal und regional) adressieren. Zudem soll ein System zur Überwachung von Outputs, Ergebnissen und Auswirkungen eingerichtet werden. Im Rahmen der Konsultation soll eine Bestandsaufnahme und Analyse bestehender Hindernisse für die Einführung von Wärmepumpen durchgeführt werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 26.05.2023.

[Zur Konsultation](#)

Europäisches Parlament spricht Empfehlungen aus, um Normungsprozesse effektiver zu gestalten

Das Europäische Parlament (EP) hat am 09.05.2023 den Initiativbericht von *Adam Bielan* (EKR, Polen) zur EU-Normungsstrategie angenommen. Darin wird die von der Kommission im Februar 2022 (EB 03/22) vorgeschlagene Strategie begrüßt, aber gefordert, dass die Interessengruppen, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), in den Normungsprozessen stärker berücksichtigt werden.

Auch wird die Notwendigkeit betont, die Arbeit der Normungsgremien zu harmonisieren, um Widersprüche in den Normen zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden.



[Initiativbericht des EP](#) (in englischer Sprache)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

EISMEA veröffentlicht Ausschreibung zur Unterstützung der EIC-Gemeinschaftsplattform

Die Europäische Exekutivagentur für den Innovationsrat und für KMU (EISMEA) hat am 05.05.2023 eine Ausschreibung in Höhe von 4 Mio. € zur Unterstützung der Aktivitäten und des Managements der Gemeinschaftsplattform des Europäischen Innovationsrats (EIC) veröffentlicht. Die Gemeinschaftsplattform dient als virtuelles Austauschforum zur Vernetzung, zum Erfahrungsaustausch und zum Aufbau neuer Geschäftspartnerschaften. Bewerbungen können bis zum 28.06.2023 elektronisch über das Ausschreibungsportal eingereicht werden.

[Pressemitteilung des EIC](#) (in englischer Sprache)

[Zur Ausschreibung](#) (in englischer Sprache)

[Zum Bewerbungsportal](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Ausschreibung zur Stärkung von Innovationsökosystemen

Die Kommission hat am 17.05.2023 im Rahmen der Initiative „Europäische Innovationsökosysteme“ des Programms Horizont Europa und dem „Instrument für interregionale Innovationsinvestitionen (I3)“ als Teil des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) eine Ausschreibung im Umfang von 122 Mio. € veröffentlicht. Ziel ist es, europäische Innovationsökosysteme zu stärken und alle Gebiete der EU zu verbinden, um gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen und den Zusammenhalt zu festigen. Dies soll auch zu einer Schlüsselinitiative der „Neuen Europäischen Innovationsagenda“ beitragen, im Zuge derer „regionale Innovationstäler“ (*innovation valleys*) gefördert werden (EB 04/23). Bewerbungen können über das Ausschreibungsportal bis zum 17.10.2023 eingereicht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in französischer Sprache)

Kommission eröffnet Wettbewerb für Industrie 5.0 Award

Die Kommission hat am 15.05.2023 einen Wettbewerb für den Industrie 5.0 Award eröffnet. Damit sollen EU-finanzierte Projekte ausgezeichnet werden, welche die europäische Industrie nachhaltiger und resilienter machen sowie gleichzeitig eine stärkere Fokussierung auf den Menschen herstellen. Für den Wettbewerb kommen Projekte in Frage, die im Rahmen von Horizont 2020, Horizont Europa oder dem Europäischen Innovations- und Technologieinstitut gefördert wurden bzw. werden. Insbesondere „deep-tech“ Start-Ups sollen damit angesprochen werden. Der offizielle Projektstart muss nach dem 31.08.2018 erfolgt sein und die Ergebnisse sollten bereits Anwendung in der Industrie finden. Bewerbungen können bis zum 01.09.2023 eingereicht werden. Der Gewinner des Wettbewerbs erhält Unterstützung bei der Kommunikation und Sichtbarkeit auf den Kanälen der Kommission, insbesondere durch Social Media Publicity und einem Artikel im



Horizon Magazin. Die Bekanntgabe des Gewinners erfolgt im Rahmen der European Research and Innovation Days 2023 im Oktober 2023, auf denen die Finalisten ihre Projekte vorstellen können.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Industrie 5.0 Wettbewerb](#) (in englischer Sprache)

AUßENWIRTSCHAFT

Europäisches Parlament stimmt Verlängerung der Handelsvorteile für die Ukraine zu

Das Europäische Parlament (EP) hat am 09.05.2023 der von der Kommission vorgeschlagenen Verlängerung (EB 02/23) der Aussetzung von Einfuhrzöllen, Antidumpingzöllen und Schutzmaßnahmen für ukrainische Exporte in die EU um ein weiteres Jahr zugestimmt. Der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) hatte die Verlängerung der Handelsvorteile, welche landwirtschaftliche Erzeugnisse betrifft, zuvor am 27.04.2023 gebilligt (EB 05/23). Die derzeit geltenden Maßnahmen sind noch bis zum 05.06.2023 anwendbar. Nach der Billigung durch den Rat wird die Maßnahme im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

EU-Indien: Erste Tagung des Handels- und Technologierates

Die EU und Indien haben am 16.05.2023 die erste Ministertagung ihres Handels- und Technologierates (Trade and Technology Council, TTC) in Brüssel abgehalten. Mit dem TTC wird ein wichtiges Forum für die strategische Handels- und Technologiepartnerschaft zwischen den beiden Parteien etabliert (EB 02/23). Mit 120 Mrd. € wurde 2022 ein Höchststand des bilateralen Handels erreicht. Von Seiten der EU wurde das Treffen von Exekutiv-Vizepräsidentin *Vestager* und Exekutiv-Vizepräsidenten *Dombrovskis* geführt. Ebenso dabei waren der Hohe Vertreter/Vizepräsident *Borrell* sowie der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar *Breton*. Im Wesentlichen wurde sich auf Vorbereitungsarbeiten dreier Arbeitsgruppen gestützt. Es wurden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit im Bereich strategischer Technologien, digitaler Governance und digitaler Konnektivität, im Bereich grüner und sauberer Energietechnologien sowie im Bereich Handel, Investitionen und widerstandsfähiger Wertschöpfungsketten getroffen. Die Ministertagungen des TTC sollen mindestens einmal jährlich stattfinden und abwechselnd in der EU und in Indien stattfinden. Zur Umsetzung der politischen Zielsetzungen treten Arbeitsgruppen zwischen den Tagungen regelmäßig zusammen.

Die nächste Ministertagung soll Anfang 2024 in Indien stattfinden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Erklärung](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet EU-Indien TTC](#) (in englischer Sprache)



ENERGIE

Green Deal: Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Methan-Verordnung fest

Das Europäische Parlament (EP) hat am 09.05.2023 seinen Standpunkt zur von der Kommission am 15.12.2021 (EB 20/21) vorgeschlagenen Verordnung über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor festgelegt. Der Standpunkt entspricht der Positionierung der Ausschüsse für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP vom 26.04.2023 und sieht dementsprechend insbesondere stärkere Verpflichtungen zur Aufspürung und Reparatur von Methanlecks vor (EB 05/23). Nachdem der Rat seine Position bereits am 19.12.2022 festgelegt hat (EB 20/22), können die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission nunmehr beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

EU-Energieplattform: EU hat in erster gemeinsamer Ausschreibung über 13,4 Mrd. m³ Gas eingekauft

Die Kommission hat am 10.05.2023 die erste Ausschreibung für den gemeinsamen Gaseinkauf im Rahmen der EU-Energieplattform AggregateEU gestartet. Alle internationalen Lieferanten waren aufgerufen, bis zum 15.05.2023 ihre Angebote für die Versorgung der europäischen Kunden von Juni 2023 bis Mai 2024 einzureichen. Die Kommission hat am 16.05.2023 bekanntgegeben, dass die EU im Rahmen der ersten Ausschreibung Angebote von 25 Lieferunternehmen eingeholt hat, die einem Volumen von mehr als 13,4 Mrd. m³ Gas entsprechen. Damit wurde die gemeinsame Nachfrage von 11,6 Mrd. m³ übertroffen, die EU-Unternehmen im Rahmen der ersten Aufforderung der Kommission vom 25.04.2023 zur gemeinsamen Gasbeschaffung (EB 05/23) eingereicht hatten. Die internationalen Lieferanten wurden von dem Dienstleister PRISMA bereits mit den europäischen Kunden auf AggregateEU abgeglichen – dabei wurde ein Gesamtvolumen von 10,9 Mrd. m³ abgedeckt (8,7 Mrd. m³ Gas über Pipelines und 2,2 Mrd. m³ LNG). Die EU-Unternehmen können nun die Bedingungen der Lieferverträge direkt mit den Lieferunternehmen aushandeln, ohne dass die Kommission beteiligt ist. Weitere Ausschreibungen sollen bis Ende des Jahres alle zwei Monate folgen. Die nächste Ausschreibungsrunde soll in der zweiten Junihälfte eingeleitet werden.

[Pressemitteilung der Kommission zum Start der ersten Ausschreibung für den Gaseinkauf](#)

[Pressemitteilung der Kommission zum Ausgang der ersten Ausschreibung für den Gaseinkauf](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Europäische Umweltagentur fordert mehr Ehrgeiz bei der Kreislaufwirtschaft

Am 17.05.2023 hat die Europäische Umweltagentur (European Environment Agency – [EEA](#)) zwei Gutachten zum [Recycling von Materialien](#) und zur [Abfallvermeidung](#) veröffentlicht.

In Bezug auf die Wiederverwendung von Materialien fordert die EEA schnellere Fortschritte. Der Anteil recycelter Materialien habe sich der EEA zufolge von 8,3 % im Jahr 2004 auf 11,7 % im Jahr 2021 erhöht. Um das Ziel der EU, den Anteil recycelter Materialien bis 2030 zu verdoppeln, zu erreichen, müsse neben der Absenkung des Materialverbrauchs das Recycling verbessert werden. Beispielsweise könnte dazu die Recyclingquote für alle behandelten Abfälle von aktuell 40 % auf 70 % erhöht und der Materialeinsatz um 15 % reduziert werden. Die EEA spricht sich zudem dafür aus, einen besonderen Fokus auf nichtmetallische Materialien, wie z. B. Baustoffe, zu legen, da diese Materialien etwa die Hälfte der verwendeten Materialien ausmachen.

In Bezug auf die Abfallvermeidung schlägt die EEA neue Indikatoren vor, um langfristige Entwicklungen bei der Abfallvermeidung zu überwachen. Schwerpunktmäßig werden die Ursachen des Abfallaufkommens, die Maßnahmen zur Abfallvermeidung und deren Auswirkungen auf die Menge an Abfällen und Emissionen behandelt. Der EEA zufolge sei allerdings die EU-weit harmonisierte Erhebung von spezifischen Daten erforderlich, um den Überwachungsrahmen vollumfänglich nutzen zu können.

Die Gutachten werden ergänzt durch aktualisierte „[Abfallvermeidungs-Länderdatenblätter](#)“, in denen länderspezifische Daten und Analysen enthalten sind.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt überarbeiteten Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft vor

Am 15.05.2023 legte die Kommission einen überarbeiteten Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft ([COM\(2023\) 306 final](#)) vor. Dieser zeigt, dass die Bemühungen zur Reduzierung des Materialverbrauchs und des Müllaufkommens beibehalten werden müssen und dass schnellere Fortschritte nötig sind, um die Ziele der EU in Hinblick auf eine effiziente Nutzung von Ressourcen zu erreichen und die strategische Autonomie zu erhöhen. Der überarbeitete Überwachungsrahmen soll dazu beitragen, Fortschritte bei der Umstellung hin zu einer Kreislaufwirtschaft besser zu verfolgen und nimmt insbesondere die Aspekte Klimaneutralität, Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit in den Blick. Um die Vorteile der Kreislaufwirtschaft zu messen, umfasst der überarbeitete Überwachungsrahmen neue Indikatoren, darunter den Materialfußabdruck und die Ressourcenproduktivität. Der überarbeitete Überwachungsrahmen stellt dar, dass zwar bereits Verbesserungen erzielt wurden, der Materialverbrauch und das Abfallaufkommen in der EU aber noch immer sehr hoch sind. Beispielsweise fielen im Jahr 2020 in Europa pro Kopf 35 kg Plastikverpackungsabfälle an und



der Anteil von Sekundärrohstoffen beläuft sich auf weniger als 12 % aller in der EU verwendeter Materialien. Darüber hinaus stellt der überarbeitete Überwachungsrahmen dar, dass die Treibhausgasemissionen der EU aus Produktionstätigkeiten zwischen 2008 und 2021 um ca. 25 % gesunken, der Verbrauchsfußabdruck jedoch zwischen 2010 und 2021 um 4 % gestiegen ist und seine Auswirkungen z. B. in Hinblick auf Feinstaub, Klimawandel und die Nutzung fossiler Ressourcen die Belastungsgrenzen des Planeten überschreiten.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Anwendung des Verursacherprinzips veröffentlicht

Am 12.05.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Anwendung des Verursacherprinzips veröffentlicht. Im Rahmen einer Eignungsprüfung soll z. B. untersucht werden, ob das Verursacherprinzip wirksam angewandt wird und zur Erreichung der Ziele der EU im Rahmen des Grünen Deals geeignet ist. Das Verursacherprinzip besagt, dass Verursacher von Umweltverschmutzungen die Kosten z. B. von entsprechenden Beseitigungsmaßnahmen tragen müssen. Im Rahmen der Eignungsprüfung werden Umweltmaßnahmen sowie deren Ziele in Bereichen wie etwa Klimawandel, Wasser, saubere Luft, Abfall und Umwelthaftung analysiert. Die Eignungsprüfung dient der Vorbereitung etwaiger Empfehlungen über eine verbesserte Anwendung des Verursacherprinzips.

Rückmeldungen sind bis zum 04.08.2023 möglich.

[Konsultation](#)

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht überarbeitete Leitlinien zur Bewertung der Bienengefährlichkeit von Pflanzenschutzmitteln

Am 11.05.2023 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ([EFSA](#)) überarbeitete Leitlinien zur Bewertung von Risiken für Honigbienen, Hummeln und Solitärbienen durch Pflanzenschutzmittel veröffentlicht. Die Leitlinien der EFSA von 2013 wurden an die neusten Erkenntnisse aus der Wissenschaft angepasst und umfassen modernste Methoden für die Ausführung von Risikobewertungen in Hinblick auf Honigbienen durch Pflanzenschutzmittel. Im Rahmen eines mehrstufigen Ansatzes werden die Exposition der Bienen über Kontakt oder Nahrung und auch die Auswirkungen berücksichtigt. Eingegangen wird auch auf vorzulegende Studien im Rahmen des Zulassungsverfahrens von Pflanzenschutzmitteln. Die Leitlinien der EFSA werden in einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 13.06.2023 vorgestellt werden (siehe hierzu weiteren Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[EFSA-Leitlinien zur Bewertung der Bienengefährlichkeit von Pflanzenschutzmitteln](#) (in englischer Sprache)



Europäische Umweltagentur fordert die Wiederherstellung beschädigter Ökosysteme in Europa

Am 09.05.2023 hat die Europäische Umweltagentur ([EEA](#)) einen Bericht zum Zustand der Natur in Europa veröffentlicht und sich für eine Wiederherstellung beschädigter Ökosysteme ausgesprochen. Trotz langjähriger Bemühungen konnten langfristige Ziele zum Schutz der Natur und zur Umkehr des Artensterbens in den EU-Mitgliedstaaten noch nicht erreicht werden. Der EEA zufolge sind innerhalb der EU 81 % der geschützten Habitats, 39 % der geschützten Vogelarten und 63 % weiterer geschützter Arten in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Die EEA fordert daher, die Bemühungen zur Wiederherstellung der Natur zu verstärken, das Management von Ökosystemen zu verbessern und die Erhaltung von Habitats in guten Zustand zu fördern. Der Bericht verweist auch darauf, dass die daraus hervorgehende Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Natur zu vielfältigen Vorteilen in Bezug auf die menschliche Gesundheit, die Ernährungssicherheit sowie den Klimaschutz führt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[EEA-Bericht zum Zustand der Natur in Europa](#) (in englischer Sprache)

Copernicus berichtet über wärmsten April im Südwesten Europas seit Beginn der Aufzeichnung

Am 08.05.2023 hat Copernicus, das Erdbeobachtungsprogramm der EU, den Monatsbericht für April 2023 veröffentlicht. Bei Betrachtung der globalen und europäischen Oberflächenlufttemperatur des Monats handelte es sich 2023 weltweit um den viertwärmsten April. Die Temperatur in Europa lag dabei 0,23°C über dem Temperaturdurchschnitt des Monats der Jahre 1991 - 2020. Weltweit betrachtet lag die Temperatur 0,32°C oberhalb des Durchschnitts der Jahre 1991 - 2020 und war damit ca. 0,2°C niedriger als im bisher wärmsten gemessenen April im Jahr 2016. Innerhalb Europas zeichnet sich der Monat durch hohe Temperaturunterschiede aus. Im Südwesten Europas wurden in Spanien und Portugal die bisher höchsten Temperaturen für April gemessen. Im Gegensatz dazu waren die Temperaturen in der Luft in einem Bereich vom Vereinigten Königreich über Italien bis in den Südosten Europa (z. B. Rumänien) niedriger als üblich. Darüber hinaus herrschte in südlichen Regionen Frankreichs, auf der iberischen Halbinsel, südlich der Alpen sowie im Nordwesten Skandinaviens und in den baltischen Staaten eine außergewöhnliche Trockenheit. In Mitteleuropa sowie in Irland, dem Vereinigten Königreich, auf der italienischen Halbinsel, in den Balkanstaaten und den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres war das Wetter im April 2023 nasser als im bisherigen Durchschnitt. Die Eisdecke in der Antarktis lag weiterhin mit 19 % unter dem Jahresdurchschnitt. In der Arktis wurde die Eisdecke mit 3 % geringerem Umfang als im Jahresdurchschnitt gemessen, wobei im Bereich der Grönlandsee bereits wie im Vormonat die Eisdecke deutlich über dem durchschnittlichen Ausmaß lag.

[Copernicus Monatsbericht April 2023](#) (in englischer Sprache)



Konsultation zur Geräuschemissionsmessung bei Geräten und Maschinen veröffentlicht

Am 05.05.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Messung von Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen veröffentlicht. Vorgesehen ist eine Änderung der [Richtlinie 2000/14/EG](#) über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen. Die Messung der Geräuschemissionen von Geräten zur Verwendung in der Reinigung, im Bau, in der Abfallsammlung, im Recycling, in der Stromerzeugung etc. soll dem technischen Fortschritt angepasst werden. Die Arbeit von Herstellern und benannten Stellen soll durch die Angleichung an aktuelle Standards vereinfacht werden. Zum Ziel hat die bestehende Richtlinie, dass die menschliche Gesundheit, das Wohlbefinden und die Umwelt geschützt und Geräuschemissionen verringert werden. Dazu enthält die Richtlinie vereinheitlichte Lärmgrenzwerte, Methoden zur Messung des Geräuschpegels und Kennzeichnungsanforderungen. So sollen auch Hindernisse für den freien Warenverkehr verhindert und ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes sichergestellt werden. Die Konsultation ist noch bis zum 02.06.2023 geöffnet und eine Annahme durch die Kommission wird für das zweite Quartal 2023 erwartet.

[Konsultation](#)

Kommission schlägt Richtlinie zur CO₂-Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern vor

Am 04.05.2023 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag zur Novellierung der Vorschriften über die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge in Bezug auf die CO₂-Emissionsklasse von schweren Nutzfahrzeugen mit Anhängern ([COM\(2023\) 189 final](#)). Ziel des Vorschlags ist es, künftig bei der Berechnung der Straßenbenutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge auch einzubeziehen, wie sich die Verwendung von Anhängern auf die CO₂-Emissionen von Lastzügen auswirkt. Hintergrund ist, dass bei der Berechnung von Straßenbenutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge eine Unterscheidung anhand des CO₂-Ausstoßes erfolgt, um zur Nutzung effizienterer Fahrzeuge zu motivieren. Der Einsatz von Anhängern bietet Chancen, CO₂-Emissionen von Lastzügen zu reduzieren.

Am 05.05.2023 leitete die Kommission zu dem Vorschlag eine öffentliche Konsultation ein. Bis zum 30.06.2023 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Im Anschluss wird der Vorschlag das ordentliche Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene im Europäischen Parlament und im Rat durchlaufen (siehe hierzu weitere Beiträge des StMB und des StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)

Europäischer Umwelt- und Gesundheitsatlas veröffentlicht

Am 03.05.2023 hat die Europäische Umweltagentur (European Environment Agency – [EEA](#)) den Europäischen Umwelt- und Gesundheitsatlas veröffentlicht. Bei dem Europäischen Umwelt- und Gesundheitsatlas handelt es



sich um ein interaktives Online-Instrument, über das sich Nutzerinnen und Nutzer über den Zustand der Umwelt in ihrer Umgebung und die Auswirkungen der Umweltverschmutzung auf die eigene Gesundheit informieren können. Der Europäische Umwelt- und Gesundheitsatlas enthält detaillierte Karten mit Informationen zur Luftqualität, zu Lärmpegeln, zu der Anzahl von Grünflächen und der Qualität von Badegewässern. Darüber hinaus sind Informationen zum Klimawandel enthalten. Der Atlas soll dazu beitragen, die Umsetzung der Null-Schadstoffziele der EU zu überwachen. Das Online-Instrument bietet beispielsweise auch die Möglichkeit, eine „Umwelt-Anzeigetafel“ für bestimmte Orte oder Adressen zu erstellen. Der Europäische Umwelt- und Gesundheitsatlas basiert auf umfangreichen Daten und Untersuchungen der EEA und weiterer Quellen. Er ist als „lebendes Produkt“ gedacht und soll regelmäßig aktualisiert werden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Europäischer Umwelt- und Gesundheitsatlas](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Überprüfung des Recyclinganteils in Kunststoffgetränkeflaschen veröffentlicht

Am 02.05.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung des Recyclinganteils in Kunststoffgetränkeflaschen veröffentlicht. Mittels eines Durchführungsbeschlusses der Kommission sollen einheitliche Regelungen zur Anwendung der Einwegkunststoffrichtlinie ([Richtlinie \(EU\) 2019/904](#)) in Hinblick auf die Berechnung und Überprüfung des Recyclinganteils in Einwegkunststoffgetränkeflaschen sowie die entsprechende Berichterstattung aufgestellt werden. Die Einwegkunststoffrichtlinie enthält Zielvorgaben hinsichtlich des Recyclinganteils in Einwegkunststoffgetränkeflaschen und sieht vor, dass die Kommission die Vorgehensweise für die diesbezügliche Berechnung und Überprüfung sowie das Format für die jährliche Datenübermittlung durch die Mitgliedstaaten regelt. Ziel ist es, mehr recycelte Materialien zu verwenden und gleichzeitig die Menge an Plastikabfällen, die verbrannt oder auf Deponien entsorgt werden, zu reduzieren. Bis zum 30.05.2023 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2023 geplant.

[Konsultation](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Empfehlungen zur Haltung von Milchkühen, Enten, Gänsen und Wachteln

Am 16.05.2023 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ([EFSA](#)) zwei wissenschaftliche Gutachten zum Wohlergehen von Milchkühen sowie von Enten, Gänsen und Wachteln veröffentlicht. In ihren Gutachten kommt die EFSA zu dem Ergebnis, dass eine bessere Unterbringung von Milchkühen, Enten, Gänsen und Wachteln und insbesondere mehr Platz notwendig sind, um den Tierschutz zu verbessern.

In Bezug auf Milchkühe empfiehlt die EFSA, dass für jede Kuh Zugang zu einem Innenbereich von insgesamt mindestens 9 m² einschließlich eines Bereichs, in dem sich die Kuh hinlegen kann, zur Verfügung stehen sollte.



Die EFSA empfiehlt, die dauerhafte Anbindehaltung zu vermeiden. Darüber hinaus enthält das Gutachten Empfehlungen zum Zugang zu Weideflächen, zur regelmäßigen Überwachung auf Lahmheit, Mastitis und Stoffwechselstörungen, zur Verwendung von Bürsten und zu Einstreu.

In Bezug auf Enten, Gänse und Wachteln empfiehlt die EFSA u. a. die Vermeidung von Käfigen. Haltungsbereiche sollten ausreichend hoch gestaltet werden, damit die Tiere untersucht werden können. Weitere Empfehlungen betreffen den Zugang zu offenem Wasser für Wasservögel, zu Bereichen und feinem Material zum Staubbaden, die Gestaltung der Böden und Nistmöglichkeiten.

Die Gutachten dienen als Grundlage für die geplante Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften. Ein entsprechender Legislativvorschlag der Kommission soll im zweiten Halbjahr 2023 veröffentlicht werden. Die Ergebnisse der Gutachten werden in einer öffentlichen Online-Veranstaltung am 23.05.2023 vorgestellt.

[Pressemitteilung](#)

[Gutachten zum Wohlergehen von Milchkühen](#) (in englischer Sprache)

[Gutachten zum Wohlergehen von Enten, Gänsen und Wachteln](#) (in englischer Sprache)

Europäischer Rechnungshof veröffentlicht interaktives Online-Dashboard zur Vergleichbarkeit von Tiertransporten

Am 08.05.2023 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) ein interaktives Online-Dashboard zur Vergleichbarkeit von Lebewerttransporten in der EU veröffentlicht. Das Online-Instrument bündelt Daten über den Transport von Rindern, Schweinen, Geflügel und anderen Tieren zwischen verschiedenen Ländern und ermöglicht es, die Daten zu vergleichen. Das Online-Dashboard steht neben Medienvertretern und Wissenschaftlern auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Erfasste Daten betreffen beispielsweise die Dauer von Tiertransporten, die bei einem Drittel der Transporte mehr als acht Stunden beträgt.

[Pressemitteilung](#)

[Interaktives Online-Dashboard: Lebewerttransporte in der EU](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zu einer Aktualisierung der Lebensmittelhygienevorschriften für Erzeugnisse tierischen Ursprungs veröffentlicht

Am 27.04.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Aktualisierung der Lebensmittelhygienevorschriften für Erzeugnisse tierischen Ursprungs (Anhänge II und III der [Verordnung \(EG\) Nr. 853/2004](#)) veröffentlicht. Die Aktualisierung erfolgt in Hinblick auf neue wissenschaftliche Gutachten und Erfahrungen mit der Anwendung der Vorschriften in der Praxis. Angestrebte Änderungen betreffen beispielsweise die Identitätskennzeichen für Produkte tierischen Ursprungs, die sich nicht mehr auf die Europäische Gemeinschaft, sondern auf die EU beziehen sollen. Im Hinblick auf die Schlachtung soll die Genehmigung von mobilen Schlachtständen z. B. bezüglich eines grenzüberschreitenden Einsatzes angepasst werden. Darüber hinaus soll zukünftig die Möglichkeit zur Schlachtung im Haltungsbetrieb auf Schafe und



Ziegen ausgedehnt werden. Eine Änderung der Regelung über den Transport von lebenden Tieren zu anderen Schlachthäusern unter besonderen Umständen ist notwendig, um eine einheitliche europäische Gesetzgebung sicherzustellen. Weitere Aspekte betreffen z. B. die Beförderung von Fleisch, die Lagerung von Fischprodukten, gereiftes Fleisch, die Behandlung von Milch und den Fremdgeruch von Eiern. Um eine Anpassung an die Gesetzgebung zu ermöglichen, ist eine Übergangszeit von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Legislativaktes vorgesehen.

Bis zum 25.05.2023 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2023 geplant.

[Konsultation](#)

EuGH urteilt zu den Folgen des Widerrufs eines bereits erfüllten Vertrags

Am 17.05.2023 hat der EuGH in der Rechtssache C-97/22 entschieden, dass ein Verbraucher, der einen bereits erfüllten Vertrag über eine Dienstleistung, der außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossen wurde, widerruft, die von dem Unternehmer erbrachte Leistung nicht vergüten muss, wenn der Unternehmer den Verbraucher nicht über das ihm zustehende Widerrufsrecht aufgeklärt hat. Dem EuGH zufolge ist der Verbraucher in diesem Falle von jeglicher Verpflichtung zur Vergütung der Leistung befreit, was beispielsweise auch einen Wertersatz umfasst. Das in der Verbraucherrechterichtlinie ([Richtlinie 2011/83/EU](#)) verankerte Widerrufsrecht bezweckt den Schutz des Verbrauchers in der besonderen Situation eines Vertragsabschlusses außerhalb der Geschäftsräume des Unternehmers. Hintergrund ist, dass der Verbraucher in dieser Situation gegebenenfalls psychisch unter stärkerem Druck steht oder überrascht wird. Da die Richtlinie ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleisten will, müsse der Verbraucher dem EuGH zufolge bei fehlender Belehrung über das Widerrufsrecht keinen Ersatz für den erlangten Vermögensvorteil leisten, denn er dürfe nicht mit Kosten belastet werden, die die Richtlinie nicht explizit vorsieht.

[Pressemitteilung](#)

[Urteil Rechtssache C-97/22](#)

Europäisches Parlament legt seine Position zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel fest

Am 11.05.2023 hat das Europäische Parlament (EP) seine Position zu dem Richtlinienvorschlag der Kommission zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel ([COM\(2022\) 143 final](#)) mit 544 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen bei 17 Enthaltungen festgelegt. Durch eine Überarbeitung der Richtlinien über unlautere Geschäftspraktiken ([Richtlinie 2005/29/EG](#)) und über Verbraucherrechte ([Richtlinie 2011/83/EU](#)) sollen irreführende Angaben verhindert und Verbraucher in die Lage versetzt werden, fundiertere Kaufentscheidungen treffen zu können. Die Position des EP sieht vor, dass allgemeine Umweltaussagen (z. B. „umweltfreundlich“, „biologisch abbaubar“, „klimaneutral“) und solche, die allein aufgrund von



Emissionsausgleichssystemen getroffen werden, verboten werden. Behauptungen über ein Produkt sollen unzulässig sein, wenn sie nur für einen Teil des Produkts gelten. Künftig sollen zudem Nachhaltigkeitsiegel auf offiziellen oder behördlich zugelassenen Zertifizierungsverfahren beruhen. Verbraucher sollen sich so besser und einfacher informieren können.

Konstruktionsmerkmale, die zu einer Verkürzung der Lebensdauer eines Produkts führen, sollen nicht mehr verwendet werden dürfen und Hersteller verpflichtet werden, nur Produkte auf den Markt zu bringen, die so gestaltet sind, dass sie mit Verbrauchsmaterialien, Ersatzteilen oder Zubehör (z. B. Tintenpatronen) anderer Hersteller kompatibel sind. Alle Produkte sollen mit einem neuen Garantiezeichen versehen werden, das über die Länge der gesetzlich vorgeschriebenen Garantiezeit sowie zusätzlich freiwillige Garantieverlängerungen informiert. Verbraucher sollen vor dem Kauf über Reparaturbeschränkungen informiert werden.

Da der Rat seinen Standpunkt (allgemeine Ausrichtung) bereits am 03.05.2023 festgelegt hat (siehe hierzu eigenen Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können die interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) beginnen.

[Pressemitteilung](#)

[Angenommener Text](#)

EuGH: Fluggastrechte bei Flugannullierung

Am 11.05.2023 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-156/22 bis C-158/22 entschieden, dass ein Luftfahrtunternehmen bei einer Flugannullierung eine Ausgleichspflicht gemäß der [Fluggastrechteverordnung](#) (Verordnung (EG) Nr. 261/2004) gegenüber Fluggästen trifft, auch wenn der Grund für die Flugannullierung im unerwarteten Tod des Co-Piloten liegt. Der EuGH begründet seine Entscheidung damit, dass ein „außergewöhnlicher Umstand“ im Sinne der Fluggastrechteverordnung nicht vorliege, da der plötzliche Tod des Co-Piloten, so tragisch dieser auch sei, nicht anders als ein unerwarteter Personalausfall etwa infolge einer Erkrankung, behandelt werden müsse. Der Umgang mit unerwarteten Personalausfällen ist Teil des Alltagsgeschäfts eines Luftfahrtunternehmens bei der Einsatz- und Arbeitszeitplanung. Maßgeblich sei in diesem Zusammenhang die Abwesenheit als solche, nicht ihre Ursache (siehe hierzu weiteren Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[Urteil Rechtssachen C-156/22 bis C-158/22](#)

Konsultation über ein Verbot der Herstellung und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien

Am 08.05.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation über ein Verbot der Herstellung und Ausfuhr von Chemikalien, die in der EU verboten sind, eröffnet. Ziel der Initiative im Rahmen der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit ([COM\(2020\) 667 final](#)) ist es, den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt in Drittländern zu verbessern, für einheitliche Maßnahmen in allen EU-Ländern zu sorgen und die Glaubwürdigkeit der Maßnahmen und der Werte der EU zu stärken. Die Kommission möchte dazu verschiedene Maßnahmen



analysieren und bewerten, darunter auch eine mögliche Überarbeitung der [Verordnung \(EU\) Nr. 649/2012](#) über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien, sowie ein künftiges Herstellungsverbot für gefährliche Chemikalien, die in der EU nicht in Verkehr gebracht oder verwendet werden dürfen.

Die Konsultation ist noch bis zum 31.07.2023 geöffnet. Eine Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2023 geplant.

[Konsultation](#)

Konsultation zu Vorschriften für die Rückverfolgbarkeit von Explosivstoffen für zivile Zwecke veröffentlicht

Am 04.05.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Bewertung der Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit von Explosivstoffen für zivile Zwecke veröffentlicht. Ziel ist es, zu untersuchen, ob die geltenden Vorschriften über Explosivstoffe für zivile Zwecke ([Richtlinie 2014/28/EU](#) und entsprechende Durchführungsrechtsakte) weiterhin geeignet sind, um ihre Ziele, ein hohes Sicherheitsniveau bei der Verwendung ziviler Explosivstoffe und einen funktionierenden Binnenmarkt sicherzustellen, zu erreichen. Gleichzeitig soll aufgezeigt werden, ob es Möglichkeiten gibt, die Regelungen zu vereinfachen oder ob eine Überarbeitung angezeigt ist. Explosivstoffe für zivile Zwecke werden für kommerzielle Zwecke, z. B. im Berg- oder Straßenbau sowie bei Abrissarbeiten verwendet. Aufgrund des hohen Gefährdungspotenzials gelten für zivile Explosivstoffe hohe Sicherheitsanforderungen und ihre Verbringung unterliegt strikten Regeln, z. B. in Hinblick auf die Dokumentation, um die Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten.

Bis zum 01.06.2023 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme durch die Kommission ist für das erste Quartal 2024 geplant.

[Konsultation](#)

Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften für pyrotechnische Gegenstände veröffentlicht

Am 04.05.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften für pyrotechnische Gegenstände eröffnet. Durch die Initiative soll untersucht werden, ob die aktuellen Regulierungen für pyrotechnische Gegenstände für die Ziele der EU weiterhin wirksam sind und ob Vereinfachungen oder Entlastungen möglich sind. Darüber hinaus dient die Bewertung der Vorbereitung der Entscheidung der Kommission über eine Überarbeitung des geltenden Regelwerks. Die derzeitigen EU-Vorschriften ([Richtlinie 2013/29/EU](#) und [Durchführungsrichtlinie 2014/58/EU](#)) umfassen eine Vielzahl pyrotechnischer Gegenstände, einschließlich solcher für Verbraucher. Die Vorschriften sollen für einen umfangreichen Schutz der menschlichen Gesundheit und Sicherheit und für ein reibungsloses Funktionieren des EU-Binnenmarkts bei diesen Produkten sorgen. Dabei sind von den Vorschriften nicht nur Feuerwerkskörper, sondern auch Pyrotechnik für verschiedenste Zwecke, z. B. für Bühne und Theater,



betroffen. Ausgenommen vom Anwendungsbereich sind z. B. pyrotechnische Gegenstände zur Verwendung durch die Streitkräfte, die Polizei oder die Feuerwehr.

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 01.06.2023. Eine Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2024 geplant.

[Konsultation](#)

Rat legt seinen Standpunkt zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel fest

Am 03.05.2023 hat der Rat seine allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel, den die Kommission am 31.03.2022 veröffentlichte ([COM\(2022\) 143 final](#)), festgelegt. Der Vorschlag beinhaltet die Änderung sowohl der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken ([Richtlinie 2005/29/EG](#)) als auch der Richtlinie über Verbraucherrechte ([Richtlinie 2011/83/EU](#)), um Verbraucher in die Lage zu versetzen, fundierte Kaufentscheidungen treffen zu können und somit zu einem nachhaltigeren Konsum beizutragen.

Mit Blick auf die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken strebt der Rat insbesondere folgende Änderungen im Vergleich zum Vorschlag der Kommission an: Eine Begriffsdefinition für „Waren“ soll aufgenommen werden. Bei der Definition von irreführenden Handlungen sollen auch ökologische oder soziale Aspekte einbezogen werden. Vergleichsdienste für Produkte sollen auch Informationen über die Haltbarkeit, die Reparierbarkeit, die ökologischen oder sozialen Aspekte der Produkte oder der Anbieter umfassen. Die Liste von unlauteren Geschäftspraktiken soll teilweise konkretisiert werden. So soll z. B. eine unlautere Geschäftspraktik vorliegen, wenn der Verbraucher nicht darauf hingewiesen wird, dass ein Software-Update die Nutzung von Waren mit digitalen Inhalten beeinträchtigt. Die Informationspflicht soll auch auf digitale Inhalte und digitale Dienstleistungen ausgeweitet werden. Zudem sollen entsprechende Einschränkungen für Fälle eingeführt werden, in denen von dem Gewerbetreibenden (z. B. Einzelhändler) vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er von dem Verstoß gegen den betreffenden Punkt weiß.

Bei der Richtlinie über Verbraucherrechte zielt der Rat insbesondere auf folgende Änderungen ab: Die Regelungen zu „energiebetriebenen Waren“ in Bezug auf die gewerbliche Haltbarkeitsgarantie sollen gestrichen werden. Ein harmonisiertes grafisches Format soll geschaffen werden, um die Verbraucher eindeutig über Haltbarkeitsgarantien für bestimmte Waren zu informieren. Die Informationsverpflichtung für Produkte, die digitale Elemente enthalten, soll gestärkt werden. So sollen Verbraucher z. B. bei Produkten, bei denen Software-Updates bereitgestellt werden, darüber informiert werden, wie lange sie von diesen Updates profitieren können.

Die Umsetzungsfrist für die Richtlinie soll von 18 auf 24 Monate verlängert werden, um den Mitgliedstaaten ausreichend Zeit für die Umsetzung zu gewähren.



Nachdem das Europäische Parlament seine Verhandlungsposition festgelegt hat (im Rahmen der Plenartagung am 11.05.2023, siehe hierzu vorstehenden Beitrag in diesem EB-Abschnitt), können die interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) beginnen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission beschließt Verbot von Blei in PVC-Produkten

Am 03.05.2023 hat die Kommission eine Verordnung angenommen, die die Verwendung von Blei in PVC-Erzeugnissen (Polyvinylchlorid) beschränkt. Durch die neue Verordnung wird der Anhang XVII der REACH-Verordnung ([Verordnung \(EG\) Nr. 1907/2006](#)) in Bezug auf Blei und seine Verbindungen in PVC geändert. Blei ist ein toxischer Stoff, der die Entwicklung des Nervensystems beeinflusst, eine chronische Nierenerkrankung verursacht und nachteilige Auswirkungen auf den Blutdruck hat. Vor allem in der Bauindustrie wurden Bleiverbindungen in PVC-Produkten (z. B. Fensterprofile, Rohre, Drähte, Kabel) verwendet, wobei seit 2015 die Industrie in der EU auf freiwilliger Basis keine bleihaltigen PVC-Erzeugnissen mehr herstellt.

Mit der neuen Verordnung werden die Verwendung und das Inverkehrbringen von Blei in Erzeugnissen aus PVC, einschließlich der Einfuhr solcher Produkte, verboten, wenn die Bleikonzentration 0,1 Gewichtsprozent oder mehr des PVC-Materials beträgt. Mit der Regelung wird insbesondere das vorsätzliche Hinzufügen von Bleiverbindungen als Stabilisatoren während der PVC-Mischungsherstellung in der EU unterbunden.

Von dem Verbot bestehen einige befristete Ausnahmen. Die Ausnahme für PVC-Produkte, die wiedergewonnenes Weich-PVC enthalten, ist auf bis zu zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung begrenzt. Für bestimmte PVC-Erzeugnisse aus rückgewonnenem Hart-PVC wird die Ausnahme unter verschiedenen Voraussetzungen (rückgewonnenes Hart-PVC ist z. B. vollständig durch eine Schicht aus neu hergestelltem bzw. recyceltem PVC oder einem anderen geeigneten Material zu ummanteln) auf 10 Jahre befristet. Zudem ist eine Überprüfung der Ausnahmeregelung nach fünf Jahren des Inkrafttretens der Verordnung vorgesehen, bei der insbesondere Trends bei der Bleikonzentration in rückgewonnenem PVC, die Verfügbarkeit angemessener Dekontaminierungstechniken und sozioökonomische Auswirkungen der Aufhebung der Ausnahmeregelung mit Blick auf das bestehende Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt überprüft werden.

Die Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft.

[Pressemitteilung](#)

[Angenommene Verordnung](#) (in englischer Sprache)

Konsultationen zu Anforderungen an Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung bei Kochgeräten veröffentlicht

Am 02.05.2023 hat die Kommission zwei öffentliche Konsultationen über die Anforderungen an Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung bei Kochgeräten veröffentlicht. Ziel der Initiative ist es, dass die rechtlichen



Regelungen für Kochgeräte künftig einen größeren Beitrag zur Energieeffizienz und der Reduzierung von CO₂-Emissionen leisten und gleichzeitig einen umfangreichen Umwelt- und Verbraucherschutz erreichen. Dazu sollen die Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung und das Ökodesign von Kochgeräten wie z. B. Backöfen, Kochmulden und Dunstabzugshauben, überprüft werden, u. a. in Hinblick auf die Mindestenergieeffizienz und Reparierbarkeit. Wie im Arbeitsprogramm für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2022 - 2024 der Kommission ([2022/C 182/01](#)) vorgesehen, sollen die geltenden europäischen Vorschriften ([Verordnung \(EU\) 2017/1369](#) zur Energieverbrauchskennzeichnung und [Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG](#)) für Kochgeräte auf Wirksamkeit, Effizienz und Relevanz zum Erreichen ihrer Ziele überprüft werden. Dies dient auch dazu, eine Anpassung an neueste technologische Entwicklungen sicherstellen zu können. Im Rahmen des europäischen Green Deal soll unter anderem die Kreislaufwirtschaft gestärkt und der Primärenergieverbrauch reduziert werden, um so einen Beitrag zur Klimaneutralität in der EU zu leisten. Bis zum 30.05.2023 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Eine Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2024 vorgesehen.

[Konsultation EU-Ökodesign-Vorschriften](#)

[Konsultation Energieverbrauchskennzeichnung](#)

Kommission schlägt Überarbeitung der Detergenzienverordnung vor

Am 28.04.2023 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Novellierung der Detergenzienverordnung ([Verordnung \(EG\) Nr. 648/2004](#)) mit dem Ziel, die Vorschriften zeitgemäß zu überarbeiten und zu vereinfachen, veröffentlicht ([COM\(2023\) 217 final](#)). Dadurch sollen der Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie das Funktionieren des Binnenmarktes für Detergenzien verbessert werden. Detergenzien finden zur Erleichterung des Reinigungsprozesses Verwendung in Wasch- und Reinigungsmitteln. Der Vorschlag der Kommission sieht insbesondere Vereinfachungen des Regelwerks und dessen Anpassung an neueste Entwicklungen und den technischen Fortschritt vor. Beispielsweise werden Doppelregelungen zusammengeführt und der Anwendungsbereich auf Detergenzien, die Mikroorganismen enthalten, ausgeweitet. Durch die Einführung einer freiwilligen digitalen Kennzeichnung soll die Verwendung von Nachfüllpackungen erleichtert und die Nachhaltigkeit gestärkt sowie der Verwaltungsaufwand reduziert, Kosten gesenkt und Kennzeichnungen verständlicher werden. Darüber hinaus ist die Einführung eines neuen digitalen Produktpasses vorgesehen. Der Vorschlag der Kommission wird dem Europäischen Parlament und dem Rat zugeleitet und durchläuft das Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene.

Zu dem Vorschlag hat die Kommission am 28.04.2023 eine öffentliche Konsultation veröffentlicht. Rückmeldungen sind mindestens bis zum 17.07.2023 möglich.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag zur Novellierung der Detergenzienverordnung](#) (in englischer Sprache)

[Konsultation](#)



Neue Leitlinien für den sicheren Umgang mit gefährlichen Arzneimitteln am Arbeitsplatz veröffentlicht

Am 28.04.2023 hat die Kommission neue Leitlinien zum sicheren Umgang mit gefährlichen Arzneimitteln am Arbeitsplatz veröffentlicht. Die Leitlinien enthalten eine Zusammenstellung bewährter Verfahren und praktische Hinweise, um Arbeitnehmer besser vor gefährlichen Arzneimitteln zu schützen. Gefährliche Arzneimittel im Sinne der Leitlinien sind Arzneimittel, die mindestens eine Substanz enthalten, die die Kriterien für eine Einstufung als krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend anhand der CLP-Verordnung ([Verordnung \(EG\) Nr. 1272/2008](#) über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen) erfüllt. Abgedeckt wird der gesamte Lebenszyklus entsprechender Arzneimittel von der Herstellung über den Transport und die Aufbewahrung hin zur Zubereitung und der Verabreichung an die Patienten und schließlich der Entsorgung. Gefährliche Arzneimittel werden in der Human- und Veterinärmedizin verwendet und zur Behandlung verschiedener Krankheiten, einschließlich Krebs, Autoimmunkrankheiten und Multipler Sklerose, eingesetzt. Sie können unbeabsichtigte Auswirkungen auf andere Personen als den behandelten Patienten haben, etwa auf die Arbeitnehmer, die mit ihnen in Kontakt kommen. Die Leitlinien sind nicht bindend und sollen Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Behörden und Sicherheitsfachkräfte dabei unterstützen, Arbeitnehmer besser vor gefährlichen Arzneimitteln zu schützen. Bei der Entwicklung der Leitlinien band die Kommission zahlreiche Interessenvertreter aus dem Gesundheitswesen ein.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Konsultation für eine Erweiterung des Verbots von mit Quecksilber versetzten Produkten eröffnet

Am 28.04.2023 hat die Kommission eine Konsultation eröffnet, in deren Rahmen die Öffentlichkeit zu einer Erweiterung des Verbots von mit Quecksilber versetzten Produkten Stellung nehmen kann. Genauer geht es um weitere Verbote der Ausfuhr und Einfuhr in die EU sowie der Herstellung in der EU ab dem 01.01.2026. Ziel ist es, die bisherigen europäischen Vorschriften über Quecksilber ([Verordnung \(EU\) 2017/852](#)) an das Übereinkommen von Minamata über Quecksilber anzugleichen. Das internationale Umweltübereinkommen, welches am 16.08.2017 in Kraft getreten ist und mittlerweile 141 Vertragsparteien einschließlich der EU zählt, soll die Emissionen und Freisetzung von Quecksilber begrenzen. Die Verwendung von Quecksilber in Produkten wie beispielsweise Lampen, Messgeräten und Fotofilmen soll weltweit stufenweise beendet werden, um die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu schützen. Die Konsultation ist noch bis zum 26.05.2023 geöffnet. Eine Annahme durch die Kommission ist zeitnah geplant.

[Konsultation](#)

REACH-Ausschuss stimmt für Beschränkung von absichtlich zugesetztem Mikroplastik in Produkten

Am 26.04.2023 haben die Vertreter der Mitgliedstaaten im REACH-Ausschuss für einen Vorschlag der Kommission zur Beschränkung der Verwendung von absichtlich zugesetztem Mikroplastik in Produkten gestimmt. Durch den vorgeschlagenen Durchführungsrechtsakt wird Anhang XVII der REACH-Verordnung



[\(Verordnung \(EG\) Nr. 1907/2006](#) zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) in Bezug auf Mikropartikel aus synthetischen Polymeren (Mikroplastik) geändert. Die Kommission reagiert mit dem Vorschlag auf eine Bewertung der Europäischen Chemikalienagentur ([ECHA](#)), die eine weitreichende Beschränkung der Verwendung von Mikroplastik in Produkten empfohlen hatte, um deren Eintrag in die Umwelt zu verhindern bzw. reduzieren. Die Änderung soll dazu beitragen, dass innerhalb der nächsten 20 Jahre der Eintrag von ca. 500.000 t Mikroplastik in die Umwelt verhindert wird. Mikroplastik findet in zahlreichen Produkten Verwendung (z. B. in Kosmetika, Reinigungsmitteln, Farben, Düngemitteln, medizinischen Produkten, als Füllmaterial für Kunstrasenplätze). Pro Jahr gelangen ca. 42.000 t Mikroplastik in die Umwelt.

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben nun drei Monate Zeit, den Vorschlag zu prüfen. Sprechen sich bis zum Ablauf dieser Frist weder das EP noch der Rat gegen den Entwurf aus, wird die Kommission den Durchführungsrechtsakt erlassen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Hintergründe und Verfahrensgang](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Generaldebatte zur Landwirtschaft im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament (EP) hat sich am 10.05.2023 im Rahmen einer Generaldebatte mit der „Rolle der Landwirte als Wegbereiter für den grünen Wandel und der Widerstandsfähigkeit des Agrarsektors“ auseinandergesetzt.

Zentrale Diskussionspunkte waren neben dem Green Deal die Verordnungsvorschläge der Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) und das Naturwiederherstellungsgesetz (NRL).

In Vertretung für den abwesenden Agrarkommissar *Janusz Wojciechowski* betonte Finanzkommissarin *Mairead McGuinness* die Bedeutung und Dringlichkeit der vorgeschlagenen Pakete, um die Lebensgrundlage der Landwirte und die Ernährungssicherheit zu erhalten.

Für die schwedische Ratspräsidentschaft nahm die Ministerin für EU-Angelegenheiten, *Jessika Roswall*, teil.

Während Grüne durch ihren agrarpolitischen Sprecher *Martin Häusling* (Hessen) sowie Linke und Sozialdemokraten die Kommissionsvorschläge unterstützen und sogar in Teilen ein höheres Ambitionsniveau wünschen, sehen EVP und Liberale die Kommissionsvorschläge äußerst kritisch:

MdEP *Ulrike Müller* (RENEW/DEU) kritisierte die mangelnde Wertschätzung und die zunehmende Bevormundung und Verbotspolitik, welche den Landwirten die Luft zum Atmen nähme und äußert den Wunsch nach mehr Freiheit, um die künftigen Herausforderungen zu bewältigen.

MdEP *Norbert Lins* (EVP/DEU) bemängelte als Vorsitzender des Agrarausschusses, dass Landwirte mit den Vorgaben bereits jetzt überfordert seien und hob hervor, dass von den momentan rund 80 Gesetzesinitiativen in der EU, 30 die Landwirtschaft mehr oder weniger stark betreffen. MdEP *Marlene Mortler* (EVP/DEU) unterstrich die hohe Qualität der Erzeugnisse, welche europäische Landwirte lieferten und kritisierte, dass Landwirte unter Generalverdacht gestellt würden.

[Aufzeichnung Plenardebatte](#)

Rat bestätigt politische Einigung zu entwaldungsfreien Lieferketten

Der Rat hat am 16.05.2023 die politische Einigung (Trilogergebnis) zum Kommissionsvorschlag einer Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten bestätigt.

Das Europäische Parlament hat das Trilogergebnis bereits am 19.04.2023 angenommen.

Die Verordnung soll das Risiko der Entwaldung und der Waldschädigung im Zusammenhang mit Produkten, die auf den europäischen Markt kommen oder von diesem exportiert werden, minimieren. Hintergrund ist, dass die EU ein großer Verbraucher von Rohstoffen und Produkten ist, die eine wesentliche Rolle für die weltweite Entwaldung spielen.



Die Verordnung legt verbindliche Sorgfaltspflichten für alle Erzeuger und Händler fest, die die Waren Palmöl, Rinder, Holz, Kaffee, Kakao, Gummi und Soja auf den EU-Markt bringen.

Nachdem die Kommission die Verordnung im Amtsblatt veröffentlicht hat, tritt diese nach 20 Tagen in Kraft.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels, 01/2023

Die Kommission hat am 11.05.2023 ihren Bericht über die Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels für den Monat Januar 2023 veröffentlicht.

Die Ausfuhren und Einfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern aus der EU blieben im Januar 2023 im Vergleich zum Januar des Vorjahres stark und erreichten einen Gesamtwert von rund 32 Mrd. €, waren aber den zweiten Monat in Folge rückläufig. Wertmäßig erreichten die EU-Ausfuhren 18 Mrd. € und die EU-Einfuhren knapp 14 Mrd. €. Dies führte zu einer positiven Handelsbilanz für die EU in Höhe von rund 4 Mrd. €.

Im Januar 2023 exportierte die EU vor allem Getreidezubereitungen und Mahlerzeugnisse. Die Getreideausfuhren sind im Vergleich zum Vorjahr um 4 % auf rund 1 Mrd. € gestiegen. Die EU-Handelsbilanz für Getreide erreichte für diesen Monat knapp 620 Mio. €. Auch die Ausfuhren von Milcherzeugnissen – vor allem Käse, Quark und Milchpulver – erreichten höhere Werte als im Januar 2022.

Das Vereinigte Königreich blieb mit einem Anteil von über 20 % an den Gesamtausfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern aus der EU das wichtigste Zielland. Die Vereinigten Staaten (11 %) und China (7 %) folgten.

Im Januar 2023 erreichten die EU-Einfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern einen Wert von rund 14 Mrd. € (+ 10 % im Jahresvergleich).

Die wichtigste Einfuhrquelle blieb Brasilien mit einem Anteil von 10 % - am stärksten stiegen hier die Maiseinfuhren. Die zweitwichtigste Einfuhrquelle war die Ukraine (+ 16 %, bei einem erreichten Wert von 1,2 Mrd. €). Getreideeinfuhren aus der Ukraine sanken bereits den zweiten Monat in Folge und erreichten einen Wert von knapp 610 Mio. €.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Bericht Januar 2023](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Vorschlag für Unterstützungsmaßnahmen für EU-Anrainerstaaten zur Ukraine vor

Die Kommission hat am 03.05.2023 einen Vorschlag für Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von 100 Mio. € aus der Agrarreserve für Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei vorgelegt.

Die Unterstützungsmaßnahmen werden den an die Ukraine angrenzenden Mitgliedstaaten helfen, den Preisverfall aufgrund Getreideeinfuhren aus der Ukraine auszugleichen.



Hintergrund ist die Tatsache, dass ukrainisches Getreide, das über die Solidaritätskorridore in die EU kommt, nicht in Gänze und vor allem nicht zeitnah umgeschlagen und weiter über die EU-Seehäfen an ihre Bestimmungsorte verbracht werden kann.

Parallel dazu haben sich Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und die Slowakei verpflichtet, ihre einseitigen Schutzmaßnahmen gegenüber Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumenkernen sowie allen anderen Erzeugnissen aus der Ukraine aufzuheben.

Die Mittel sollen aus der Agrarreserve für 2023 entnommen werden und sind für Landwirte aus den genannten Staaten bestimmt, die Getreide und Ölsaaten erzeugen. Die Kommission schlägt vor, rund 10 Mio. € für Bulgarien, rund 16 Mio. € für Ungarn, rund 39 Mio. € für Polen, rund 30 Mio. € für Rumänien und rund 5 Mio. € für die Slowakei bereitzustellen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Durchführungsverordnung](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament stimmt für Verlängerung der Aussetzung diverser Exportzölle auf ukrainische Agrargüter

Das Europäische Parlament (EP) hat am 09.05.2023 dem Vorschlag zur Verlängerung der Aussetzung der Einfuhrzölle, Antidumpingzölle und Schutzmaßnahmen auf Agrargüter für ukrainische Exporte in die Europäische Union um ein weiteres Jahr mit 537 Stimmen bei 42 Gegenstimmen und 38 Enthaltungen zugestimmt.

Die derzeit gültigen Maßnahmen sind noch bis zum 05.06.2023 gültig.

Die Aussetzung der Zölle gilt für Obst und Gemüse, die dem Einfuhrpreissystem unterliegen, sowie für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, die Zollkontingenten unterliegen.

Für Industrierzeugnisse gelten im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine ab dem 01.01.2023 keine Zölle mehr, so dass sie in dem neuen Vorschlag nicht berücksichtigt sind.

Die Beziehungen der EU und der Ukraine werden durch ein Assoziierungsabkommen geregelt. Die in dem Abkommen enthaltene vertiefte und umfassende Freihandelszone sichert ukrainischen Unternehmen bereits seit 2016 einen erleichterten Zugang zum EU-Markt.

Neben dem Assoziierungsabkommen spielt der russische Angriffskrieg eine große Rolle für die Entscheidung zur Verlängerung der Aussetzung diverser Zölle. Ebenfalls stehen die Erleichterungen in Zusammenhang mit der schwierigen Handelssituation der Ukraine mit dem Weltmarkt.

Nach der Genehmigung durch den Rat wird die Maßnahme im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



[Vorschlag über die vorübergehende Liberalisierung des Handels mit der Ukraine](#)
[Legislative Entschließung des EP](#)

Rat einigt sich auf Verhandlungsmandat zum Verordnungsvorschlag über geografische Herkunftsangaben

Der Rat hat sich am 08.05.2023 im Rahmen der Sitzung des Sonderausschusses für Landwirtschaft (SAL) auf ein Verhandlungsmandat zum Verordnungsvorschlag zu den „Geografischen Herkunftsangaben“ geeinigt.

In seinem Mandat änderte der Rat den ursprünglichen Kommissionsvorschlag in einer Reihe von Punkten, um ihn besser auf die praktischen Bedürfnisse der Mitgliedstaaten abzustimmen und sicherzustellen, dass das Eintragungsverfahren reibungslos funktioniert und gleichzeitig harmonisierte Vorschriften für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse beibehalten werden.

Zu den wichtigsten Änderungen gehören die Überarbeitung des ursprünglichen Kommissionsvorschlags zu den Erzeugergemeinschaften, die Bekräftigung der Bedeutung der Beteiligung der Kommission am System der geografischen Angaben bei gleichzeitiger Streichung der vorgeschlagenen Aufgabenübertragung an das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), die Stärkung des Schutzes der geografischen Angaben im Internet und in den Domännennamen sowie die Möglichkeit, Nachhaltigkeitspraktiken in die Produktspezifikation für geografische Angaben aufzunehmen.

Die Kommission bedauerte insbesondere die Streichung der Aufgabenübertragung an die EUIPO.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des EP hat seinen Standpunkt bereits einstimmig angenommen. Die Annahme des Berichts durch das Plenum ist am 31.05.2023 vorgesehen.

Nach Annahme durch das Parlament können die Trilog-Verhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Verhandlungsmandat – Rat](#) (in englischer Sprache)

Agrrausschuss nimmt Stellungnahme zur Änderung der IED an

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) hat am 25.04.2023 seine Stellungnahme über die Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IED) mit 36 zu 8 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Kommissionsvorschlag über Industrieemissionen zielt darauf ab, den Geltungsbereich der Richtlinie auf die größten Tierhaltungsbetriebe in der EU auszuweiten – primäres Ziel liegt in der Schadstoffemissionsreduzierung.

Parteiübergreifend fand das Ziel der Kommission hinsichtlich der Schadstoffreduzierung Zustimmung. Kritik wurde jedoch an der Durchführung geäußert – besonders der vorgeschlagene Schwellenwert von 150 Großvieheinheiten (GVE) stieß auf Ablehnung.



Die verabschiedete Stellungnahme beinhaltet die Forderung, Rinder aus der Richtlinie auszunehmen und bei den übrigen Tierarten die Schwellenwerte beizubehalten – d. h. letztlich den Status quo der aktuellen Richtlinie zu erhalten.

Der federführende Umweltrat hat am 16.03.2023 seine Verhandlungsposition zum Kommissionsvorschlag zur IED festgelegt.

Die Annahme des Berichts zur IED im federführenden Umweltausschuss (ENVI) ist für den 24.05.2023 geplant. Im Anschluss erfolgt die Annahme im Plenum und erst dann können die Triologverhandlungen beginnen.

[Stellungnahme des AGRI-Ausschusses](#) (in englischer Sprache)

[Kommissionsvorschlag](#)

Europäisches Parlament fordert weitere Finanzmittel für EU-Schulprogramm

Das Europäische Parlament (EP) hat am 09.05.2023 einen Entschließungsantrag angenommen und fordert zusätzliche Finanzmittel sowie eine Vereinfachung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse, Milch und Milcherzeugnisse.

Nach einer Plenardebatte am 08.05.2023 nahmen die Abgeordneten die Entschließung mit 534 bei 57 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen an.

Trotz der großen Nachfrage von Schulen in einigen Mitgliedstaaten verhinderten die begrenzten Haushaltsmittel, dass flächendeckend Schüler in der EU erreicht werden. Die Abgeordneten fordern daher eine Aufstockung des Budgets für das Programm, damit die Produkte häufiger und regelmäßiger an mehr Schüler verteilt werden können. Ein Vorschlag der Abgeordneten war unter anderem die Zuweisung der nicht genutzten Mittel an andere Mitgliedstaaten.

Mindestens 10 % der Mittel soll für Aufklärungsmaßnahmen über gesunde Ernährungsgewohnheiten genutzt werden. Bürokratische Hürden sollten verringert werden, damit die Teilnahme aller Schulen ermöglicht werde. Auch eine Ausweitung auf EU-Beitrittsländer wurde von den Abgeordneten vorgeschlagen.

Die finanziellen Mittel betragen pro Schuljahr 220 Mio. €.

Der vorgelegte Initiativbericht des EP betrachtete den Zeitraum zwischen 2017 und 2022. Hier wurde ein Rückgang der Teilnahme am Programm verzeichnet – lediglich 16 der 76 Mio. EU-Schüler nahmen teil.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Entschließungsantrag](#) (in englischer Sprache)



Kommission veröffentlicht Konsultation zu Meldungen von Unregelmäßigkeiten im Rahmen der GAP

Die Kommission veröffentlichte am 26.04.2023 eine Konsultation zu einer Durchführungsverordnung sowie eine Delegierte Verordnung in Bezug zu Meldungen von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Mitgliedstaaten müssen die Kommission unterrichten über Unregelmäßigkeiten und andere Verstöße gegen die in ihren GAP-Strategieplänen festgelegten Bedingungen, Fälle von Betrugsverdacht und Maßnahmen zur Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Zusammenhang mit diesen Unregelmäßigkeiten und Betrugsfällen.

Während sich die Durchführungsverordnung mit der Häufigkeit und dem Format der Meldungen von Unregelmäßigkeiten beschäftigt, legt der delegierte Rechtsakt die Kriterien für die Bestimmung der von den Mitgliedstaaten zu meldenden Fällen von Unregelmäßigkeiten und die zu übermittelnden Daten fest.

Rückmeldungen sind möglich bis 24.05.2023.

[Konsultation \(Durchführungsverordnung\)](#)

[Konsultation \(Delegierte Verordnung\)](#)

EFSA veröffentlicht überarbeitete Leitlinien zur Bewertung der Bienengefährlichkeit von Pflanzenschutzmitteln

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 11.05.2023 ihre überarbeiteten Leitlinien zur Bewertung von Risiken für Honigbienen, Hummeln und Solitärbienen durch Pflanzenschutzmittel veröffentlicht.

Die überarbeiteten Leitlinien berücksichtigen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und enthalten die aktuellsten Methoden für die Durchführung von Risikobewertungen (z. B. Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel) in diesem Bereich.

In Zusammenarbeit mit dem Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (PAFF) wird die Kommission mit den Mitgliedstaaten die Zulassungsverfahren auf Basis der Veröffentlichung überarbeiten.

Am 13.06.2023 ist hierzu eine [Online-Infoveranstaltung](#) geplant.

[Pressemitteilung](#)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

EUROSTAT veröffentlicht Bericht über Pflanzenschutzmittelabsatz in der EU

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) veröffentlichte am 10.05.2023 einen Bericht über den Absatz von Pflanzenschutzmitteln in der EU in 2021.



Demnach betrug der Absatz von Pflanzenschutzmitteln in der EU im Jahr 2021 rund 355.000 t und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um rund 3 %, gemessen in Wirkstoffmenge („kilograms of active substances“). Für Deutschland wurden für 2021 rund 49.000 t ermittelt – gegenüber dem Start der statistischen Erfassung in 2012 (rund 46.000 t) ist das ein Anstieg um rund 7 %.

Bei der Differenzierung in Wirkstoffklassen ist ein gesteigerter Absatz von Insektiziden und ein leichter Rückgang bei Fungiziden in Deutschland zu erkennen. Der Absatz schwankt jährlich, nachvollziehbar witterungsbedingt, auf ähnlichem Niveau über den Betrachtungszeitraum hinweg. Für Bayern liegen keine gesonderten Daten vor.

Von 16 Mitgliedstaaten, für die Vergleichsdaten von 2011 zur Verfügung stehen, haben laut Eurostat 11 ihren Pflanzenschutzmittelabsatz seitdem verringert. Die größten Einsparungen kann mit 36 % Tschechien vorweisen, gefolgt von Dänemark mit 35 % und Portugal mit 32 %. Deutlich zurückgefahren worden ist der Absatz auch in Italien und Rumänien, wo der Einsatz 2021 gegenüber 2011 um 29 % beziehungsweise 27 % reduziert werden konnte.

In einigen Mitgliedstaaten überstieg der Pflanzenschutzmittelabsatz 2021 die Menge von 2011. Absoluter Spitzenreiter war dabei Lettland mit einem Plus von 85 %. Mit einer Zunahme von 68 % landete Österreich auf dem zweiten Platz. Im Vergleich dazu moderat fielen die Steigerungen in Frankreich und Deutschland aus, die sich auf 13 % beziehungsweise 11 % beliefen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

Organisationen der agrarischen Wertschöpfungskette fordern mehr Beteiligung bei Ausgestaltung des Rahmens für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem

31 europäische Organisationen der agrarischen Wertschöpfungskette forderten am 12.05.2023 in einem gemeinsamen Brief von den EU-Kommissaren *Stella Kyriakides* (Gesundheit), *Janusz Wojciechowski* (Agrar) und *Virginijus Sinkevičius* (Umwelt) mehr Beteiligung bei der Ausgestaltung des künftigen Legislativ-Rahmens für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem (Framework for Sustainable Food Systems, FSFS).

In dem Brief, den u. a. Copa-Cogeca (Dachverband der europäischen Bauern- und Genossenschaftsverbände) unterzeichneten, skizzieren die Organisationen die aus ihrer Sicht zentralen Elemente für eine erfolgreiche Gestaltung des FSFS. Dazu zählen eine klare Definition von Nachhaltigkeit und eine gleiche Gewichtung der Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales; präzise Zielformulierungen; politische Kohärenz und interdisziplinäre Zusammenarbeit; realistische Kostenabschätzungen; das Beachten der internationalen Dimension von Nachhaltigkeit und Handel im Zusammenspiel mit Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit sowie die Anerkennung der Vielfalt an Akteuren, Prozessen und Produkten, um jeweils geeignete Maßnahmen ableiten zu können.



Das FSFS stellt eine flankierende Maßnahme zum Green Deal und der Farm to Fork-Strategie dar und zielt als horizontales Rahmengesetz darauf ab, bestehende einzelne und sektorspezifische Maßnahmen auf das gesamte Lebensmittelsystem auszuweiten und so den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem zu beschleunigen. Neben einem Nachhaltigkeitslabel liegt auch ein Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung.

Eine erste öffentliche Konsultation für das FSFS wurde am 21.07.2022 abgeschlossen. Die Rückmeldung der Kommission ist ausstehend und für das dritte Quartal 2023 geplant.

Im weiteren Verfahren plant die Kommission, Parlament und Rat noch in diesem Jahr einen Legislativvorschlag vorzulegen.

[Gemeinsamer Brief](#) (in englischer Sprache)

Organisationen senden offenen Brief an die Kommission zu neuen NGTs

Ein Zusammenschluss von 20 Organisationen der Agrarbranche sendete am 10.05.2023 einen offenen Brief an die Kommission im Hinblick auf den angekündigten Legislativvorschlag zu den neuen genomischen Techniken (NGT).

Der Brief ging an Kommissionsvizepräsident *Frans Timmermans* (Klima), Kommissar *Janusz Wojciechowski* (Landwirtschaft) sowie die Kommissarin *Stella Kyriakides* (Gesundheit; Federführung für dieses Thema). Grundsätzlich begrüßen die Verfasser den Gesetzesvorschlag zur Zulassung von NGT-Pflanzen.

Nicht einverstanden zeigen sie sich mit den umfangreichen Regulierungsmaßnahmen. Pflanzen, die durch konventionelle Züchtungsmethoden entstehen können, sollten auch wie konventionell gezüchtete Pflanzen behandelt werden. Durch überzogene Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsauflagen laufe die Kommission Gefahr, das Vertrauen der Verbraucher zu verlieren und die Produktion zu verteuern. Die Verhältnismäßigkeit der Regulierungsmaßnahmen wird hierbei infrage gestellt.

Unter den Verfassern des Schreibens ist auch Copa-Cogeca (Dachverband der europäischen Bauern- und Genossenschaftsverbände). Als Vorteil für die NGTs wurde unter anderem der Beitrag zur Ernährungssicherung angeführt.

Neben den Rückverfolgbarkeitsanforderungen entstünden auch durch die Trennungsanforderungen erhebliche Mehrkosten, bei denen die EU Gefahr laufe, das Vertrauen der Verbraucher zu verlieren.

Auch im internationalen Handel werden erhebliche Schwierigkeiten gesehen. So existiere aktuell eine funktionierende Koexistenz zwischen konventionellen und ökologischen Produkten. Ein zusätzlicher Standard würde dies gefährden und der Aufbau einer weiteren Lieferkette für NGT-Güter das internationale Massentransportsystem für Agrarrohstoffe verteuern.

[Offener Brief](#) (in englischer Sprache)



EFSA veröffentlicht Gutachten zur Haltung von Milchkühen, Enten, Gänsen und Wachteln

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 16.05.2023 zwei neue wissenschaftliche Gutachten mit Empfehlungen zum Tierschutz für Milchkühe sowie Enten, Gänse und Wachteln veröffentlicht (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Die Gutachten sind Teil einer Reihe von Empfehlungen zur Haltung von Nutztieren, mit denen die laufende Überarbeitung der Tierschutzvorschriften der Europäischen Union unterstützt wird.

Die Erfüllung des Tierwohls führt zu einer Erhöhung der Tiergesundheit und stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung innerhalb der Lebensmittelkette dar.

Der empfohlene Ausstieg aus der Anbindehaltung und der Fokus auf die Weidehaltung bei Rindern, auch in Laufstallbetrieben, ist für Bayern von Relevanz.

Die EFSA hat bereits Bewertungen zum Wohlergehen von Zuchtschweinen, Masthühnern und Legehennen, Kälbern sowie Tieren beim Transport veröffentlicht.

Die Kommission hat angekündigt, in der zweiten Jahreshälfte 2023 einen Legislativvorschlag zur Novellierung der Tierschutzgesetzgebung vorzulegen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Europäischer Rechnungshof veröffentlicht interaktives Online-Dashboard zur Vergleichbarkeit von Tiertransporten

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 08.05.2023 ein interaktives Online-Dashboard zur Vergleichbarkeit von Tiertransporten zwischen verschiedenen Ländern freigeschaltet.

Trotz der öffentlich zugänglichen Daten zu Leberdientiertransporten sind diese vielfach auf verschiedenen Datenbanken und Internetseiten zu finden und oftmals schwer zugänglich und wenig aufbereitet. Dies veranlasste EU-Prüfer dazu, ein System zu schaffen, um technologische und analytische Fortschritte besser nutzen zu können.

Das Online-Dashboard bündelt Informationen, die Medien, Forschern und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden und für weitere Analysen/Schlussfolgerungen genutzt werden können.

[Pressemitteilung](#)

[Interaktives Online-Dashboard](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Europäisches Parlament unterstützt Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 10.05.2023 für den Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) gestimmt. Das EP gab grünes Licht für einen Beschluss des Rates hinsichtlich der Anwendung der Konvention in Bezug auf die Organe und die öffentliche Verwaltung der EU (472 Ja-Stimmen bei 62 Nein-Stimmen und 73 Enthaltungen) sowie hinsichtlich Aspekte, welche die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und das Verbot der Zurückweisung betreffen (464 Ja-Stimmen bei 81 Nein-Stimmen und 45 Enthaltungen). Die Istanbul-Konvention ist ein gemischtes Abkommen, welches Angelegenheiten regelt, die sowohl in die Zuständigkeit der EU fallen als auch in die der Mitgliedstaaten.

Das EP betonte, dass der Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention die Mitgliedstaaten nicht davon entbinde, die Konvention selbst zu ratifizieren. Die Abgeordneten forderten die verbleibenden sechs Länder – Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei – erneut auf, das Übereinkommen unverzüglich zu ratifizieren, damit es die Frauen im vollen Umfang schützen kann.

Mit der Zustimmung des EP kann der Rat den Beitritt der EU zu dem Übereinkommen mit Fassung der Beschlüsse abschließen. Nachdem die EU die Istanbul-Konvention bereits vor sechs Jahren unterzeichnet hatte, verzögerte sich die Ratifizierung wegen der Blockade einzelner Mitgliedstaaten im Rat. Der EuGH bestätigte aber 2021, dass die EU das Übereinkommen auch bei fehlender Einstimmigkeit ratifizieren kann.

[Pressemitteilung des EP](#)

Europäisches Parlament fordert eine Richtlinie gegen unbezahlte Praktika

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 08.05.23 einen Entwurf eines legislativen Initiativberichts zu hochwertigen Praktika in der EU verabschiedet. Mit 36 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen nahmen die Abgeordneten die EntschlieÙung an, in der die Kommission aufgefordert wird, eine Richtlinie mit Mindestqualitätsstandards für Praktika vorzuschlagen. Umfasst sein sollen unter anderem Regeln für die Dauer von Praktika oder den Zugang zu Sozialschutzsystemen. Insbesondere wollen die Abgeordneten eine angemessene Vergütung für alle Praktika sicherstellen. Die Mitgliedstaaten sollen die Höhe der Vergütung so festlegen, dass sie zumindest die Kosten für Nahrung, Kleidung, Wohnung und Transport deckt.

Die EntschlieÙung wird voraussichtlich im Juni dem Plenum des EP zur Abstimmung vorgelegt. Mit Zustimmung würde das Parlament von seinem „indirekten Initiativrecht“ nach Artikel 225 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) Gebrauch machen.

[Pressemitteilung des EMPL-Ausschusses](#) (in englischer Sprache)



Europäisches Parlament bekräftigt die Relevanz der sozialen Ziele von Porto

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 11.05.23 eine Entschließung angenommen (401 Ja-Stimmen bei 139 Nein-Stimmen und 41 Enthaltungen), in welcher die Bedeutung der 2021 beim Sozialgipfel in Porto angenommenen Ziele betont wird. Zur Erinnerung: In Porto hatten die Staats- und Regierungschefs die von der Kommission in einem Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) aufgestellten Kernziele begrüßt (mindestens 78 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren soll beschäftigt sein; mindestens 60 % aller Erwachsenen sollen jedes Jahr an Fortbildungen teilnehmen; die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um mindestens 15 Mio. sinken).

In der Entschließung mit dem Titel „Fahrplan für ein soziales Europa: zwei Jahre nach dem Gipfel von Porto“ wird nun gefordert, dass die sozialen Ziele auch mithilfe von EU-Rechtsinstrumenten verfolgt werden, zum Beispiel durch eine Umsetzung der Gesetzgebungsinitiative des Parlaments über hochwertige Praktika, durch einen Legislativvorschlag für einen Europäischen Sozialversicherungspass oder die Schaffung eines EU-Behindertenausweises. Die Abgeordneten betonen, dass soziale Aspekte mit der gleichen Dringlichkeit behandelt werden müssten wie die wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Entschließungstext](#)

[Aufzeichnung der Debatte](#)

Ministerinnen und Minister tauschen sich zu nachhaltigen Systemen der sozialen Sicherheit aus

Am 03./04.05.2023 hat in Stockholm ein informelles Treffen der EU-Ministerinnen und -Minister für Beschäftigung und Soziales stattgefunden. Dabei wurde unter anderem erörtert, wie in Zeiten des Übergangs zum grünen und digitalen Wandel ein Missverhältnis zwischen Qualifikationen und Arbeitsplätzen verhindert werden kann. Hierzu stellte die EU-Agentur für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) Forschungsergebnisse zur Übereinstimmung von Qualifikationen und Arbeitsplätzen vor.

In einem zweiten Schwerpunkt waren die Ministerinnen und Minister eingeladen, politische Reformen und gute Praxisbeispiele bezüglich demografischer Auswirkungen auf die nationalen sozialen Sicherungssysteme zu erörtern. „Der Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft des Sozialschutzes und des Wohlfahrtsstaates in der EU gibt uns viele Denkanstöße, wie wir unsere sozialen Sicherheitsnetze robust und zukunftssicher machen können“, sagte Sozialkommissar *Nicolas Schmit*.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Eurofound-Studie](#) (in englischer Sprache)



Ministerinnen und Minister diskutieren die Rolle der Jugend für eine nachhaltige Entwicklung

Am 15./16.06.2023 hat der Rat in der Formation für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (BJKS) in Brüssel getagt (siehe hierzu auch die Beiträge des StMUK und des StMWK in diesem EB). Während des Jugendteils wurden unter dem Vorsitz des schwedischen Sozialministers *Jakob Forssmed* Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Soziale Dimension eines nachhaltigen Europas für die Jugend“ angenommen. Der Text befasst sich mit dem Engagement von jungen Menschen für eine nachhaltige Entwicklung. Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden eingeladen, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. auszubauen. In den Schlussfolgerungen heben die EU-Ministerinnen und -minister die Rolle junger Menschen als Schlüsselakteure bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hervor.

Darüber hinaus wurde die Ratsentschließung über die „Ergebnisse des 9. Zyklus des EU-Jugenddialogs“ angenommen. Dieser Zyklus während der Triopräsidentschaft von Frankreich, Tschechien und Schweden befasst sich schwerpunktmäßig mit den Europäischen Jugendzielen Nr. 3 „Inklusive Gesellschaften“ und Nr. 10 „Ein nachhaltiges, grünes Europa“. Das Thema der kommenden Triopräsidentschaft (Spanien, Belgien, Ungarn) lautet: „We need youth“. Insofern wurde auch eine Ratsentschließung zur „Überarbeitung des Arbeitsplanes der EU-Jugendstrategie 2022 - 2024“ angenommen.

Abschließend fand eine Orientierungsaussprache zum Thema „Einbindung und Integration junger Menschen in die Gesellschaft und in EU-Entscheidungsprozesse, mit besonderem Fokus auf junge Menschen aus der Ukraine“, statt. Der stellvertretende Minister für Jugend und Sport der Ukraine, *Andriy Chesnokov*, nahm an der Diskussion teil. Er wies darauf hin, dass derzeit etwa 40 % der jungen Ukrainerinnen und Ukrainer Vertriebene seien, von denen viele derzeit vorübergehenden Schutz in der EU genießen, und legte die Prioritäten der Ukraine für die Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Jugendpolitik dar.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Am Europatag startet das Europäische Jahr der Kompetenzen

Am 09.05.2023 ist mit verschiedenen Veranstaltungen EU-weit das Europäische Jahr der Kompetenzen gestartet. Das Aktionsjahr will die Themen Lernangebote, Mobilität und Anerkennung von Qualifikationen in den Vordergrund rücken, damit die EU-Bürgerinnen und -Bürger bessere Chancen für hochwertige Jobs bekommen. Das Europäische Jahr der Kompetenzen läuft bis Mai 2024; in dieser Zeit sollen zahlreiche Maßnahmen und Initiativen auf den Weg gebracht und unterstützt werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Nutzung bestehender Instrumente. Zugleich soll aber auch eine Reihe neuer Vorschläge der EU angenommen werden, um Kompetenzentwicklung in allen Mitgliedstaaten weiter zu fördern.

[Hintergrundinformationen](#)



Gewerkschaftsinstitut kritisiert Debatte um Fachkräftemangel

Die Diskussionen über den Arbeitskräftemangel sollten sich nicht nur auf die Frage der Qualifizierung konzentrieren, sondern auch das Problem niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen in den Fokus nehmen. So argumentiert das Europäische Gewerkschaftsinstitut ETUI in einer neuen Studie, die anlässlich des Starts des Europäischen Jahres der Kompetenzen vorgestellt wurde. Der Arbeitskräftemangel habe in relativ schlecht bezahlten Berufen zugenommen und sei in Sektoren akut, die nicht unbedingt höhere Qualifikationen erforderten. „Das Problem besteht darin, Menschen zu finden, die bereit sind, diese anstrengenden Arbeiten für so niedrige Löhne und unter so schlechten Bedingungen zu verrichten“, so *Wouter Zwysen*, der Autor der Studie.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Studie](#) (in englischer Sprache)

Ehemalige Beschäftigte eines Aluminiumherstellers erhalten Unterstützung aus dem EGF

Das Europäische Parlament hat am 09.05.2023 einen Antrag Spaniens auf Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) gebilligt. Unterstützt werden 303 ehemalige Beschäftigte des Aluminiumherstellers Alu Ibérica in der spanischen Region Galicien. Das Unternehmen musste aufgrund der gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten schließen. Die EU-Mittel sollen den betroffenen Arbeitnehmern dabei helfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, beispielsweise durch Qualifizierungsmaßnahmen. Die geschätzten Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 1,5 Mio. €, von denen der EGF 85 % (1.275.000 €) übernimmt. Die Region Galicien wird die restlichen 15 % (225.000 €) finanzieren.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Partner starten groß angelegte Qualifikationspartnerschaft für energieintensive Industrien

Die Kommission hat den Abschluss einer weiteren Qualifikationspartnerschaft im Rahmen des Pakts für Kompetenzen bekannt gegeben. Am 10.05.2023 riefen Partner aus der Industrie, aus Forschungseinrichtungen, Sozialpartner sowie Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen eine Initiative für energieintensive Industrien ins Leben. Ziel ist es, den Qualifikationsbedarf zu ermitteln und geeignete Lehrpläne und Ausbildungsprogramme zu entwickeln. Die Partnerschaft ist die 18. Qualifikationspartnerschaft im Rahmen des Pakts für Kompetenzen, einer Leitinitiative im Rahmen der Europäischen Qualifikationsagenda.

[Hintergrundinformationen](#) (in englischer Sprache)

DiscoverEU: Über 6000 18-Jährige aus Deutschland können ab Juni Europa mit dem Zug entdecken

Mit DiscoverEU können 18-Jährige aus Deutschland gratis mit dem Zug durch Europa reisen und den Kontinent kennenlernen. Wie die Kommission am 10.05.2023 mitteilte, haben von den europaweit 145.657



Teilnehmerinnen und Teilnehmern der abgelaufenen Ausschreibungsrunde 35.324 junge Menschen einen Travel-Pass erhalten. 6072 kommen aus Deutschland. Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber werden zwischen dem 15.06.2023 und dem 30.09.2024 allein oder in einer Gruppe von bis zu fünf Personen reisen.

[Pressemitteilung](#)

Digitale Technologien und Kompetenzen: Fördermittel in Höhe von 122 Mio. €

Die Kommission hat im Rahmen des Programms „Digitales Europa“ erste Ausschreibungen veröffentlicht. Mit dem Förderprogramm sollen digitale Technologien und Kompetenzen gestärkt werden. Die erste Ausschreibungsrunde hat einen Umfang von 122 Mio €. Die Frist für die Einreichung von Bewerbungen endet am 26.09.2023. Weitere Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen werden im Laufe des Jahres veröffentlicht. Das Gesamtbudget des Arbeitsprogramms 2023 - 2024 beträgt 909,5 Mio. €.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Karlspreis der Jugend geht 2023 nach Belgien

Der Europäische Karlspreis der Jugend, der gemeinsam vom Europäischen Parlament und der Internationalen Karlspreis-Stiftung verliehen wird, zeichnet jedes Jahr Initiativen junger Menschen zwischen 16 und 30 Jahren aus, welche die Demokratie stärken und eine aktive Beteiligung fördern. Bei der diesjährigen Verleihung vergangene Woche in Aachen ging der erste Preis in Höhe von 7.500 € an eine in Belgien entwickelte Sprachapp für Flüchtlinge und Asylbewerber.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Netzwerk gibt Empfehlungen für mehr Unabhängigkeit von Menschen mit Behinderungen

Das Europäische Netzwerk für Unabhängiges Leben (European Network for Independent Living, ENIL) hat der Kommission Empfehlungen übermittelt, welche die Brüsseler Behörde in ihre angekündigten „Leitlinien in Bezug auf die Ermöglichung eines unabhängigen Lebens und die Inklusion in die Gemeinschaft“ einfließen lassen sollte. Diese Leitlinien sind Teil der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 - 2030 und sollen bis Ende 2023 veröffentlicht werden.

Ein Hauptanliegen von ENIL ist es, Fortschritte bei der „De-Institutionalisierung“ in der Behindertenhilfe zu erzielen. Das Netzwerk möchte, dass die Mitgliedstaaten ausreichend Wohnraum und mehr Ressourcen für lokale Unterstützungsdienste, beispielsweise persönliche Assistenzen, bereitstellen.

[ENIL-Empfehlungen](#)

[Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 - 2030](#)



Experten diskutieren über die geistige Gesundheit am Arbeitsplatz

Die Kommission und der schwedische Ratsvorsitz haben am 15./16.05.2023 zu einem Gipfel für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz eingeladen, um gemeinsam mit den Sozialpartnern die Fortschritte bei der Umsetzung des Strategischen Rahmens 2021 - 2027 zu diskutieren. Sozialkommissar *Nicolas Schmit* sagte im Vorfeld der Veranstaltung: „Natürlich geht es bei der Gesundheit am Arbeitsplatz nicht nur um unseren körperlichen Zustand, sondern auch um unsere geistige Gesundheit und unser Wohlbefinden. Deshalb werden wir diesem Thema einen großen Teil des Gipfels widmen, ebenso wie den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels und unserer gemeinsamen Verpflichtung, die Vision von null Todesfällen am Arbeitsplatz zu verwirklichen“.

Bei der Veranstaltung stellte die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz einen Leitfaden bezüglich Hitze an Arbeitsstätten und einen Bericht zum Stand von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit 2023 vor.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Leitfaden](#) (in englischer Sprache)

[Hintergründe zum Strategischen Rahmen](#)

Bericht beklagt den Ausschluss von Menschen mit Behinderungen von hochwertiger Beschäftigung

Das Europäische Behindertenforum hat einen Bericht veröffentlicht, wonach nur 51,3 % der erwerbstätigen Menschen mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter in der EU eine bezahlte Beschäftigung haben. In Deutschland liegt der Anteil den Angaben zufolge bei 53,3 %. Die Interessensvertretung beklagt auch die Kluft zwischen den Beschäftigungsquoten von Menschen mit und ohne Behinderungen. Diese sogenannte „disability employment gap“ liegt im EU-Durchschnitt bei 24,4 Prozentpunkten. In dem Bericht werden mehrere Gründe für diese Diskrepanz genannt, vor allem das Fehlen angemessener Vorkehrungen, die strukturelle Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen sowie der fehlende Zugang zu integrativer und hochwertiger Bildung.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Studie untersucht Wirksamkeit des ESF während der Covid-19-Krise

Die Kommission hat einen Bericht zur Reaktion des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen auf die Covid-19-Pandemie veröffentlicht. Er zieht Bilanz zu den Maßnahmen, die in den Themenbereichen Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, soziale Eingliederung und Bildung durchgeführt wurden, um die Auswirkungen der Covid-19-Krise abzumildern.

[Bericht](#)



Europäischer Monat der Vielfalt startet mit Preisverleihung

Die Kommission hat die Gewinner des Preises „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“ verkündet. Der Preis wird in diesem Jahr zum zweiten Mal an Städte, Gemeinden und Regionen aus der gesamten EU verliehen. Die diesjährigen Preisträger aus sieben Mitgliedstaaten – Belgien, Finnland, Italien, Kroatien, Polen, Portugal und Spanien – werden für ihren Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft ausgezeichnet, den sie mit der Förderung von Vielfalt und Integration in Bezug auf das Geschlecht, die ethnische Herkunft, Religion und Glauben, Behinderung, Alter und LGBTIQ-Rechte leisten.

Der Preis wurde im Rahmen des EU-Aktionsplans gegen Rassismus 2020 - 2025 ausgelobt und ist Teil des Engagements der Kommission für eine Union der Gleichheit. Im Mai 2023 läuft auch erneut der Europäische Monat der Vielfalt. Er würdigt die Arbeit von Organisationen, die an gleichwertigen und inklusiven Lebensbedingungen zum Wohle aller mitarbeiten.

[Pressemitteilung](#)

Bürgerforum gibt 21 Empfehlungen für mobiles Lernen im Ausland

Ein Bürgerforum zum Thema Lernmobilität in der EU hat 21 konkrete Empfehlungen abgegeben, wie der Zugang zu Lern- und Lehrmöglichkeiten im EU-Ausland verbessert werden kann. Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger beinhalten unter anderem ein Netzwerk von Tutoren in den Zielländern zur besseren Betreuung und eine Überprüfung und Überwindung der administrativen Hindernisse für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das Gremium hebt zudem hervor, wie wichtig es ist, das Bewusstsein für die vorhandenen Möglichkeiten zu schärfen und die Teilnahme von Menschen mit geringeren Möglichkeiten zu fördern.

An drei Wochenenden im März und April diskutierten 150 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger verschiedener Altersgruppen und mit unterschiedlichem Hintergrund aus allen 27 Mitgliedstaaten. Die Ergebnisse informieren auch die Kommission, welche noch im Jahr 2023 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Verbesserung der Lernmobilität vorlegen will.

[Pressemitteilung](#)

Unterstützung von Menschen mit Behinderung im Unternehmertum

Die OECD und die Kommission haben ein Kurzdossier zur Förderung des Unternehmertums von Menschen mit Behinderung veröffentlicht. Es gibt einen Überblick über Umfang und Art selbständiger Tätigkeiten von Menschen mit Behinderung und schlägt mögliche Fördermaßnahmen für Regierungen vor.

[Policy Brief](#)



Generalanwalt legt Schlussanträge zur Quarantänepflicht während des Urlaubs vor

Der zuständige Generalanwalt beim EuGH hat am 04.05.2023 Schlussanträge in einem Verfahren bezüglich Quarantänepflicht während des Urlaubs vorgelegt (Rechtsache C-206/22).

Dem Vorabentscheidungsersuchen des Arbeitsgerichts Ludwigshafen am Rhein liegt der Fall eines Arbeitnehmers zugrunde, der sich im Zeitraum seines bereits bewilligten, bezahlten Jahresurlaubs einer SARS-CoV-2-Quarantäne unterziehen musste. Diese wurde von der zuständigen Kreisverwaltung angeordnet. Der Arbeitnehmer verlangte in der Folge eine Gutschrift des bezahlten Jahresurlaubs für den Zeitraum der angeordneten Quarantäne, welche sein Arbeitgeber ablehnte. Daraufhin erhob er Klage.

Der Generalanwalt kommt in seinen Schlussanträgen zu dem Ergebnis, dass das Unionsrecht (insbesondere die Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG) einzelstaatlichen Regelungen, die in Fällen wie dem obengenannten eine Verschiebung des Jahresurlaubs nicht vorsehen, nicht entgegensteht. Dem nationalen Gesetzgeber bleibe es jedoch selbstverständlich offen, über den garantierten Mindestschutz hinaus günstigere Maßnahmen zu treffen.

Die Schlussanträge sind für den Gerichtshof nicht bindend.

[Volltext](#)

S&D-Fraktion drängt auf EU-Charta der Frauenrechte

Bei einer externen Fraktionssitzung in Krakau hat die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament (S&D) am 03.05.2023 einen Vorschlag für eine Europäische Charta der Frauenrechte verabschiedet. Ziel ist es, dass letztlich die EU-Institutionen die Charta annehmen und sie so in allen Mitgliedstaaten gilt. Mit ihr sollen die wichtigsten Rechte von Frauen festgeschrieben werden. In einer Mitteilung der S&D-Fraktion werden unter anderem der Zugang zu Empfängnisverhütung, ein Verbot sämtlicher Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und sozioökonomische Rechte genannt.

Die Fraktion stellt beunruhigende Rückschritte in Sachen Gleichstellung in einigen EU-Mitgliedstaaten fest. *Iratxe García Pérez*, Vorsitzende der S&D-Fraktion, sagte: „Ich kann mir keinen besseren Ort als Polen für die Ankündigung einer Europäischen Charta der Frauenrechte vorstellen. Wir bewundern den Mut der polnischen Frauen, die sich den Angriffen der PiS-Regierung auf Frauen und Frauenrechte massiv entgegengestellt haben. Wir bekennen uns zur Verteidigung ihrer Rechte und Freiheiten als Bürgerinnen der EU.“

[Pressemitteilung](#)

[Zur Charta](#) (in englischer Sprache)

Sozialpartner wollen Qualifizierungsmaßnahmen für die Gaswirtschaft verhandeln

Die Sozialpartner in der Gaswirtschaft haben angekündigt, dass sie Verhandlungen über eine Europäische Rahmenvereinbarung führen wollen. Die Vereinbarung soll im laufenden Transformationsprozess insbesondere Qualifizierungsfragen regeln. In einer gemeinsamen Mitteilung erklären die Gewerkschaftsverbände industriAll



und EGÖD sowie der Unternehmensverband Eurogas, dass die Notwendigkeit, einen gerechten Übergang für die Beschäftigten in der Gaswirtschaft zu gewährleisten und die Arbeitskräfte zu qualifizieren, noch nie so dringend wie heute gewesen sei. Nach zwei Jahren gemeinsamer Arbeit an einer Studie zur Erfassung des Qualifikationsbedarfs wolle man nun gemeinsam Verhandlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen führen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

EU-US-Gesundheits-Taskforce

Am 17.05.2023 trafen sich *Stella Kyriakides*, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, und *Xavier Becerra*, Sekretär des US-Gesundheitsministeriums, um die EU-US-Gesundheits-Taskforce ins Leben zu rufen – hier soll die Partnerschaft zwischen der EU und den USA im Gesundheitsbereich ausgebaut und sich auf die Zusammenarbeit in folgenden drei Bereichen konzentriert werden.

- Krebsbekämpfung: Konzentration auf Krebs bei Kindern und Lungenkrebs. Ziel ist es, die Einrichtung eines neuen strukturierten Dialogs über Krebs zu fördern, der sich sowohl mit Krebsstrategien als auch mit Forschungsk Kooperationen befasst.
- Globale Gesundheitsbedrohung: Diskussionen über derzeitige und sich ausbreitende Gesundheitsrisiken wie die Vogelgrippe, Marburg-Krankheit und die Resistenz gegen antimikrobielle Mittel.
- Gesundheitsarchitektur: Erörtert wurden die Zusammenarbeit zwischen europäischer HERA und ASPR des US-Gesundheitsministeriums sowie sichere Lieferketten und Impfprogramme. ASPR (Administration for Strategic Preparedness and Response) ist eine Behörde des Öffentlichen Gesundheitsdienstes innerhalb des US-Gesundheitsministeriums, die sich auf die Prävention, die Vorbereitung und die Reaktion auf die negativen gesundheitlichen Auswirkungen von Notfällen und Katastrophen im öffentlichen Gesundheitswesen konzentriert.

Ebenfalls waren die Bewältigung der gesundheitlichen Herausforderungen für Mädchen, Frauen und der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen sowie das Pandemieabkommen der WHO ein Gesprächspunkt.

[Pressemitteilung](#)

COVID-19: Annahme der endgültigen Liste von 300 hochwertigen Antigentests in der EU

Am 17.05.2023 hat der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss die endgültige Aktualisierung der gemeinsamen EU-Liste der COVID-19-Antigentests angenommen. Fast 300 COVID-19-Antigentests, die strenge Kriterien erfüllen, wurden durch unabhängige Studien validiert und sind nun in der Liste enthalten. Bis Ende Oktober 2022 hatten die EU-Mitgliedstaaten fast 365 Mio. digitale COVID-Bescheinigungen ausgestellt, die auf den Ergebnissen der in der gemeinsamen EU-Liste enthaltenen Antigentests basierten. Zur Erstellung dieser Liste setzte der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss eine spezielle technische Arbeitsgruppe ein, in der Experten aus den 27 EU-Ländern und Norwegen sowie Vertreter der EU-Institutionen vertreten sind. Insgesamt wurden mehr als 1.100 Anträge geprüft und mehr als 8.400 Dokumente von Herstellern aus der ganzen Welt eingereicht.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



[EU-Liste der COVID-19-Antigentests](#) (in englischer Sprache)

[Informationsblatt über zuverlässige COVID-19-Antigentests](#) (in englischer Sprache)

Informelles Treffen der EU-Gesundheitsminister

Am 05.05.2023 trafen sich die EU-Gesundheitsminister/-innen zu einem informellen Ministertreffen in Stockholm, um über die Herausforderungen im Zusammenhang mit der verschärften Situation der Arzneimittelknappheit in ganz Europa zu diskutieren. Sie erörterten, dass die Mitgliedstaaten in der Lage sein müssen, sowohl eine kurz- als auch eine langfristige Verfügbarkeit von Arzneimitteln zu gewährleisten. Die Diskussion umfasste auch die Frage, wie die Mitgliedstaaten den Zugang zu innovativen und bewährten Produkten fördern und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme aufrechterhalten können. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Kriegs in der Ukraine wurde auch die dortige Gesundheitsversorgung thematisiert.

„Ein sicherer Zugang zu Arzneimitteln ist für eine gut funktionierende und zuverlässige Gesundheitsversorgung in der EU von größter Bedeutung. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, unter welchem immensen Druck unsere nationalen Gesundheitssysteme geraten können. Der Zugang zu Arzneimitteln, sowohl zu bewährten Produkten als auch zu innovativen Behandlungen, ist in Krisensituationen, aber auch im Alltag wichtig“, sagte die schwedische Gesundheitsministerin *Acko Ankarberg Johansson*.

[Informelles Gesundheitsministertreffen – Stockholm 05.05.2023](#) (in englischer Sprache)

Deaktivierung von IPCR für COVID-19 und Erdbeben in Türkei und Syrien

Der schwedische Ratsvorsitz hat am 04.05.2023 beschlossen, die integrierte politische Krisenreaktion (IPCR) für COVID-19 zu deaktivieren. Am 02.05.2023 hat der Ratsvorsitz auch die IPCR wegen der verheerenden Erdbeben in der Türkei und in Syrien deaktiviert. Die IPCR wird im Überwachungsmodus beibehalten, und Angelegenheiten im Zusammenhang mit COVID-19 werden weiterhin im EU-Gesundheitssicherheitsausschuss und in der Arbeitsgruppe „Öffentliche Gesundheit“ des Rates behandelt. In Bezug auf die verheerenden Erdbeben in der Türkei und in Syrien hat der Ratsvorsitz beschlossen, die IPCR für diese Krise zu deaktivieren und sie nur im Überwachungsmodus zu belassen, um den kontinuierlichen Austausch von Informationen über den Katastrophenschutz und humanitäre Einsätze zu ermöglichen.

[Deactivation of IPCR for COVID-19 and the devastating earthquakes in Türkiye and Syria \(europa.eu\)](#) (in englischer Sprache)

ECDC stellt Erfahrungsbericht zur COVID-19-Pandemie vor

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 02.05.2023 einen Bericht zu den gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie vorgestellt. In



dem Bericht wird hervorgehoben, dass die Pandemie verdeutlicht hat, wie groß die Notwendigkeit zur Rekrutierung von Fachkräften im Gesundheitssektor ist. Hier müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus empfiehlt der Bericht, effektiver Daten zu sammeln, die auf Ausbrüche von Infektionskrankheiten hinweisen können. Dadurch können politische Entscheidungen besser unterstützt werden. Der ECDC-Bericht basiert auf mehreren Expertenkonsultationen mit Vertretern aus den EU-Mitgliedstaaten, Berichten über Erfahrungen aus verschiedenen EU/EWR-Mitgliedstaaten und einer internen Übung, die mit ECDC-Mitarbeitenden durchgeführt wurde.

[Pressemitteilung zum Erfahrungsbericht](#) (in englischer Sprache)

[Erfahrungsbericht](#) (in englischer Sprache)

WHO: Jedes dritte Grundschulkind in Europa ist übergewichtig

Am 10.05.2023 kamen in der Hauptstadt Kroatiens die Ehepartner von 16 europäischen Staats- und Regierungschefs zusammen, um das erste Netzwerk über die Prävention von Adipositas im Kindesalter in der Europäischen Region der WHO ins Leben zu rufen. Sie nahmen einstimmig die Erklärung von Zagreb an, in der sie ihre politische Entschlossenheit zur Bekämpfung von Adipositas im Kindesalter in ihren jeweiligen Ländern darlegen und andere Länder dazu anhalten, es ihnen gleichzutun. Laut dem WHO-Regionalbericht 2022 über Adipositas in der Europäischen Region leidet etwa eines von drei Kindern im Grundschulalter in der Region an Adipositas oder Übergewicht – bei steigenden Zahlen. Die Prognose des Welt-Adipositas-Atlas 2023 der World Obesity Federation prognostiziert folgende Entwicklungen bei mit Adipositas lebenden Kindern (2020 bis 2035): Jungen – Anstieg um 61 % auf 17 Mio.; Mädchen – Anstieg um 75 % auf 11 Mio. Übergewicht und Adipositas in allen Altersgruppen werden voraussichtlich jährlich 800 Mrd. \$ kosten. Jüngste Schätzungen gehen davon aus, dass sie jährlich mehr als 1,2 Mio. Todesfälle verursachen, was mehr als 13 % der Gesamtsterblichkeit entspricht. Drei konkrete Maßnahmen wurden ermittelt: Prävention (Konzentration auf gute Ernährung), Regulierung der Lebensmittel- und Getränkeindustrie (Erhebung einer Steuer auf zuckerhaltige Getränke und Forderung nach Kennzeichnungen), Förderung der körperlichen Betätigung. „Unsere Kinder wachsen zunehmend in Umgebungen auf, die es sehr schwer für sie machen, sich gut zu ernähren und aktiv zu sein. Das ist eine Grundursache der Fettleibigkeits-Epidemie“, erklärte WHO-Regionaldirektor *Hans Kluge*. Als Gesellschaften und Länder habe man es bislang nicht geschafft, die steigenden Raten umzukehren. Die Zagreb-Erklärung sei in der Hinsicht ein erster wichtiger Schritt.

[WHO-Pressmitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Welt-Adipositas-Atlas | World Obesity Federation](#) (in englischer Sprache)

Änderung von Fristen für Produkte ohne medizinischen Zweck

Die Kommission stellte für die Zeit vom 08.05. - 05.06.2023 den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2022/2346 hinsichtlich der Übergangsbestimmungen für bestimmte in Anhang XVI der Verordnung (EU) 2017/745 aufgeführte Produkte ohne medizinischen



Verwendungszweck zur Konsultation. Derartige Produkte sind beispielsweise Kontaktlinsen, Geräte zur Entfernung von Fettgewebe, Hautfüller und Laser zur Haarentfernung. Das Bewertungsverfahren soll um 18 bzw. 30 Monate verlängert werden. Die Verordnung soll ab dem 22.06.2023 gelten.

[Durchführungsverordnung](#)

WHO beendet internationalen Gesundheitsnotstand

Der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), *Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus*, verkündete am 05.05.2023 in Genf die Aufhebung des coronabedingten internationalen Gesundheitsnotstandes. Damit schließt sich der WHO-Generaldirektor der Empfehlung des Corona-Notfallausschusses an. Hier wurde der rückläufige Trend bei den COVID-19-Todesfällen, der Rückgang der COVID-19-bedingten Krankenhauseinweisungen und der Einweisungen in Intensivstationen sowie die hohe Immunität der Bevölkerung gegen SARS-CoV-2 betont. Mögliche Entwicklungen von SARS-CoV-2 bringen laut Aussagen des Ausschusses noch Unsicherheiten mit sich, geraten wird aber, zu einem langfristigen Management der COVID-19-Pandemie überzugehen.

[Statement on the fifteenth meeting of the IHR \(2005\) Emergency Committee on the COVID-19 pandemic \(who.int\)](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Verordnung für harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz: Ausschussposition festgelegt

Am 11.05.2023 haben die beiden federführenden Ausschüsse des Europäischen Parlaments (EP) ihre Haltung zur Verordnung für harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz (KI-VO) festgelegt. Die Ausschuss-Position wurde mit 84 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen. Der von der Kommission im April 2021 vorgelegte Verordnungsentwurf soll zur Förderung der Entwicklung und Verbreitung sicherer und ethischer KI beitragen. Darin werden je nach Risikokategorie unterschiedliche Anforderungen für KI-Anwendungen aufgestellt. Sie reichen von einer bloßen Transparenzpflicht für Anwendungen mit geringem Risiko, über hohe Anforderungen an Datenqualität, Rückverfolgbarkeit und menschliche Aufsicht für Anwendungen mit hohem Risiko, bis zum Verbot für Anwendungen mit unannehmbarem Risiko. Die Position der zuständigen Ausschüsse sieht nun erstmals auch Regeln für sogenannte Basismodelle vor. Die Entwicklung solcher Basismodelle, die auf der Grundlage umfangreicher Daten trainiert wurden, auf allgemeine Ergebnisse ausgelegt sind und an ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben angepasst werden können, soll strengen Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen unterliegen. Das Verbot von biometrischer Fernerkennung im öffentlichen Raum, das schon im Kommissionsvorschlag vorgesehen war, wird in der Position des EP erweitert. Die Abgeordneten wollen zudem auch den Einsatz von KI-gestützter Emotionserkennung in den Bereichen Strafverfolgung, Grenzmanagement, Arbeitsplatz und Bildung verbieten. Erstmals wollen die Abgeordneten auch die Empfehlungsalgorithmen sehr großer Social Media Plattformen als Hochrisiko-Anwendungen einordnen. In der Juni-Sitzung muss noch das Plenum des EP zum Text abstimmen, dann können Trilogverhandlungen mit dem Rat aufgenommen werden.

[Pressemeldung des EP](#) (in englischer Sprache)

Kommission konsultiert zu unabhängigen Prüfungen sehr großer Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen

Sehr große Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen, deren Dienste monatlich von mehr als zehn Prozent der EU-Bevölkerung genutzt werden, müssen sich künftig jährlich einer unabhängigen Prüfung unterziehen. Am 05.05.2023 hat die Kommission eine Konsultation zu den Verfahrensvorgaben für diese unabhängigen Prüfungen sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) gestartet. Hierzu hat sie den Entwurf einer Durchführungsverordnung vorgelegt, in der Verfahren, Methoden und Vorlagen für die Prüfungen festgelegt werden. Frist für Rückmeldungen an die Kommission hierzu ist der 02.06.2023.

[Konsultationswebseite der Kommission](#)



Kommission konsultiert zu Logos für Datenaltruismus und Datenmittler

Wie im Data Governance Act vorgesehen, hat die Kommission eine Durchführungsverordnung zu einem einheitlichen EU-Logo für EU-weit anerkannte Organisationen für Datenaltruismus und neutrale Datenmarktplätze entworfen. Mit den Logos sollen die in der EU anerkannten neutralen Datenmarktplätze und Organisationen für Datenaltruismus leicht zu erkennen sein und für mehr Transparenz gesorgt werden. Datenmarktplätze sollen eine sichere Umgebung schaffen, in der Unternehmen oder Einzelpersonen Daten austauschen können. Den Intermediären ist es nicht gestattet, die gemeinsam genutzten Daten für andere Zwecke zu verwenden, sie können jedoch Gebühren für die von ihnen durchgeführten Transaktionen erheben. Datenaltruistische Organisationen sammeln Daten, die freiwillig für das Gemeinwohl zur Verfügung gestellt werden, etwa für medizinische Forschungsprojekte. Zu dem Entwurf einer Durchführungsverordnung hat die Kommission eine Konsultation eröffnet. Bis zum 10.06.2023 können Rückmeldungen zur Gestaltung der Logos eingebracht werden.

[Konsultationswebseite der Kommission](#) (in englischer Sprache)